Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 128 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | Burscheid, Freitag, 3. Juni 1932 | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | 72. Jahrgang

Das vollständige Kabinett von Papen

Die letzten Ernennungen vollzogen

Amtlich wird aus Berlin, 2. Juni, gemeldet: Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Botschafter

Freiherrn von Neurath zum Reichsminister des Auswärtigen,

den Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium

Graf Schwerin von Krosigk zum Reichsminister der Finanzen

den bayerischen Justizminister

Dr. Gürtner zum Reichsminister der Justiz

ernannt und ferner den Reichswirtschaftsminister

Professor Dr. Warmbold mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsarbeitsministers beauftragt.

Vereidigung des Kabinetts

Die erste Kabinettssitzung

Um 17,30 Uhr am Donnerstag empfing der Reichspräsident Reichskanzler von Papen und die übrigen Mitglieder der neuen Reichsregierung, um sie auf ihr Amt zu verpflichten. Im Anschluß daran begann um 18 Uhr die erste Kabinettssitzung.

Uebergabe der Dienstgeschäfte an Reichskanzler von Papen

Im persönlichen Auftrage des seit einigen Tagen infolge leichter Erkrankung ans Bett gefesselten bisherigen Reichskanzlers Dr. Brüning **übergab Staatssekretär Dr. Pünder** am Donnerstagabend vor sämtlichen Angehörigen der Reichskanzlei die Dienstgeschäfte an den neuen Reichskanzler von Papen. Nach herzlichsten Abschiedsworten, die dem scheidenden Chef, seiner Arbeit und den großen Erfolgen seiner Regierungspolitik gewidmet waren, sprach der Staatssekretär namens der Reichskanzlei dem neuen Reichskanzler aufrichtige Wünsche für eine erfolgreiche Regierungsarbeit zum Besten von Volk und Vaterland aus.

Reichskanzler von Papen dankte allen Anwesenden, insbesondere Staatssekretär Dr. Pünder, mit warmen Worten für die der Reichsregierung geleisteten langjährigen wertvollen Dienste. Staatssekretär Pünder wird auf seinen Wunsch sofort einen mehrwöchigen Urlaub antreten und Anfang August auf seinen Antrag in den einstweiligen Ruhestand treten. Er benutzte daher den gestrigen Anlaß, auch seine eigenen Dienstgeschäfte seinem künftigen **Nachfolger, Staatssekretär Planck,** zu übergeben.

Die Sicherheit der deutschen Währung Dr. Luther beim Reichskanzler

Der Reichskanzler empfing Donnerstag nachmittag den Reichsbankpräsidenten zu einer eingehenden Aussprache. Dabei wurden sämtliche Probleme behandelt, die für die der Reichsbank obliegenden Aufgaben von Bedeutung sind. Es ergab sich, so meldet das Wolffbüro, völlige Uebereinstimmung insbesondere darüber, daß keinerlei Währungsexperimente und überhaupt auf dem Währungs- und Kreditgebiete keine Maßnahmen in Frage kommen, aus welchen sich eine Gefahr für den Bestand der Währung ergeben könnte.

Kleine politische Nachrichten

Austritt des Reichskanzlers von Papen aus dem Aufsichtsrat der Germania

von Papen hat infolge seiner Ernennung zum Reichskanzler sein Mandat als Aufsichtsrat der Germania A. G. und dann den Vorsitz im Aufsichtsrat niedergelegt. Die Leitung des Aufsichtsrates der Germania übernimmt nunmehr Dr. h. c. Florian Klöckner.

Die neue Reichsregierung stellt sich nach der Vereidigung vor



Nach der Vereidigung beim Reichspräsidenten stellte sich das neue Reichskabinett vor (von links, sitzend): Freiherr von Braun (Ernährungsminister) — Freiherr von Gayl (Innenminister) — Reichskanzler von Papen — Freiherr von Neurath (Außenminister) — stehend: Dr. Gürtner (Justizminister) — Professor Warmbold (Wirtschaftsminister) — General von Schleicher (Reichswehrminister).

Reichspräsident an Dr. Brüning

Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler Dr. Brüning das nachstehende Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Ihrem Antrage um Entbindung von ihren Aemtern als Reichskanzler und als Reichsminister des Auswärtigen habe ich mit dem anliegenden Erlaße entsprochen.

Ich empfinde es schmerzlich, mich von ihnen trennen zu müssen, nachdem ich während der zwei Jahre unserer Zusammenarbeit so vielfach Gelegenheit hatte, Ihren lauteren Charakter, Ihre umfassenden Kenntnisse und Ihre selbstlose Hingabe an die übernommene Pflicht kennen und hochschätzen zu lernen. Für alles, was Sie in diesen, an schweren Erschütterungen und wichtigen Entscheidungen so reichen langen Jahren im Dienste des Vaterlandes getan haben, spreche ich Ihnen namens des Reiches wie im eigenen Namen meinen herzlichsten Dank aus. Die Zusammenarbeit mit ihnen werde ich nie vergessen und Ihrer Person stets mit größter Hochachtung gedenken.

Mit meinen besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen und mit freundlichen Grüßen verbleibe ich stets Ihr ergebener

gez. von Hindenburg."

Auch den übrigen aus dem Amte scheidenden Mitgliedern der Reichsregierung hat der Herr Reichspräsident anläßlich der Uebersendung der Entlassungsurkunden in herzlichen Schreiben seinen Dank für ihre in schwerer Zeit dem Vaterland geleisteten Dienste ausgesprochen.

Reichskanzler von Papen an das Zentrum

Reichskanzler von Papen hat an den Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, folgenden Brief gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Prälat!

In einer der schicksalvollsten Stunden deutscher Geschichte hat mich der Herr Reichspräsident berufen, die neue Regierung zu bilden. Die seelische und materielle Lage des deutschen Volkes verlangt gebieterisch die Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte — aus welchem Lager auch immer sie kommen mögen. — Nicht als Parteimann, sondern als Deutscher bin ich — gewiß nicht leichten Herzens — dem Rufe des Mannes gefolgt, dem die Nation soeben einen überwältigenden Beweis ihres Vertrauens erteilt hat und dessen wahrhaft historische Persönlichkeit auch in den schwersten Stunden deutscher Geschichte nie etwas anderes erstrebte, als die Zusammenfassung aller dieser Kräfte zum Wohle des Landes.

Ein solcher Schritt kann nicht im Widerspruch stehen zu der unermüdlichen, planvollen und sachlichen Arbeit des Kanzlers Dr. Brüning, deren Würdigung einer anderen Gelegenheit vorbehalten bleibt.

Auch die Deutsche Zentrumspartei und der in ihr politisch organisierte Katholizismus werden sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß das neue Deutschland nur auf der Grundlage der Kräfte aufgebaut werden kann, die die geistige Wende unserer Tage zur Hoffnung der jungen Generation gemacht hat.

Wenn mich infolge der Erklärung der Deutschen Zentrumspartei der Weg heute leider von Ihnen trennt, so lebe ich der Hoffnung, daß nicht nur die sachliche Arbeit, die das Land heute von uns fordert, uns bald wieder vereinigen wird. Mehr noch ist es die unerschütterliche Ueberzeugung, daß die Voraussetzung jeder Wiedergenesung der Nation die rücksichtslose Geltendmachung der unveränderlichen Grundsätze unserer christlichen Weltanschauung sein muß.

Ich bleibe, sehr verehrter Herr Prälat, in aufrichtiger Verehrung Ihr ergebener

gez. von Papen".

von Papens erste Erklärung

Der Reichskanzler vor der deutschen Presse

Reichskanzler von Papen empfing im Kongreßsaal der Reichskanzlei Vertreter der deutschen Presse. Er betonte einleitend, daß es ihn mit besonderer Genugtuung erfülle, den persönlichen Kontakt mit der deutschen Presse aufnehmen zu können. Natürlich könne er in diesem Augenblick noch keine programmatische Erklärung abgeben.

„Aber ich habe", fuhr der Kanzler fort, „das Bedürfnis, zu Ihnen einige Worte als Mensch zum Menschen zu sprechen.

Es liegt mir besonders am Herzen, Ihnen zu sagen, daß ich dieses Amt zu einer Stunde sehr ernster vaterländischer Not übernommen habe entsprechend dem Appell, den der Herr Reichspräsident an mich gerichtet hat, aber daß ich den Entschluß doch nur sehr, sehr schweren Herzens gefaßt habe. Nicht allein wegen der unerhörten Sorgen, die damit verbunden sind, und der Lasten, sondern besonders auch, weil es mir als Menschen unendlich weh tat, mich auf den Platz eines Menschen zu setzen, dem ich innerlich besonders nahegestanden habe. Das Werk, das der Kanzler Brüning vor mehr als zwei Jahren begonnen hat, wurde von mir mit ganzer Anteilnahme, ich darf sagen, mit ganzem Herzen verfolgt, und ich habe nichts sehnlicher gewünscht, als daß es zum Erfolge führen möge, für das Vaterland. Das Urteil über die Arbeit dieses Kanzlers bleibt einer anderen Stunde vorbehalten. Das Werk bleibt. Es gehört der Geschichte an. Wenn die Menschen wechseln, sind die Nachfolger berufen, an diesem Werke weiterzuarbeiten.

Um Ihnen zu zeigen, wie nahe es mir gegangen ist, daß ich mich an den Platz meines Vorgängers setzen mußte, möchte ich Ihnen wiederholen, was ich dem Herrn Reichspräsidenten gesagt habe, gleich nachdem ich das Amt übernommen hatte:

> **„Herr Reichspräsident, meine erste Bitte ist, daß Sie morgen früh den Reichskanzler Brüning empfangen und ihm sagen, mit welchem inneren Zwiespalt ich dieses Amt angetreten habe, und daß ich es nur übernehme, weil Sie an mich und an mein vaterländisches Gefühl appelliert haben."**

Reichskanzler von Papen fügte hinzu, daß diese Unterredung mit Dr. Brüning ja nicht stattgefunden habe, weil der frühere Kanzler unpäßlich war und noch zu Bett liegt. Warum diese neue Regierung gebildet worden ist, fuhr Reichskanzler von Papen fort, darüber brauche ich zu Ihnen nicht lange zu sprechen.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die Lasten und die Opfer, die in dieser Zeit von Deutschland gefordert werden, dadurch tragbar zu machen, daß man die seelische Fundierung findet, die allein sie zu tragen ermöglicht. Das heißt: die Zusammen-

Scharfer deutsch-französischer Zusammenstoß in Genf



Im Unterausschuß der Luftabrüstungskommission in Genf kam es bei den Erörterungen über die Kolonial- und Festungsflugzeuge zu ernsten Zusammenstößen zwischen dem deutschen Vertreter, Ministerialdirektor Brandenburg, und dem französischen Delegierten. Da dieser halsstarrig auf dem französischen Standpunkt beharrte, der für Deutschland — das keine Militäraviatik und Verteidigungsmittel mehr besitzt — als Verhandlungsbasis unmöglich ist, verließ Ministerialdirektor Brandenburg die Sitzung und wird auch an den „Verhandlungen" nicht mehr teilnehmen.

fassung aller nationalen Kräfte, gleich aus welchem Lager sie kommen mögen. Eine so gewaltige Kraftanstrengung, wie von dem deutschen Volke in der nächsten Zukunft erwartet werden muß, kann nach unserer Auffassung nur geleistet werden, wenn alle geistigen, seelischen und nationalen Potenzen herangeholt werden, die überhaupt erreichbar sind. Das wird die Aufgabe dieser Regierung sein.

Der Kanzler schloß: Ich spreche zu Ihnen, meine Herren, nicht als Fremder. Wenn ich auch selbst nicht Journalist gewesen bin, so habe ich doch immer ein lebhaftes Interesse für die Presse gehabt. Ich möchte mich darauf beschränken, in dieser ernsten Stunde um Ihre Mitarbeit an diesem Werk zu bitten. Auch wenn uns politische Gegensätze trennen, — das Werk, meine Herren, bleibt für uns alle das gleiche!

Der Kanzler vor der ausländischen Presse

Im Anschluß an den Empfang der deutschen Presse empfing Reichskanzler von Papen die Vertreter der ausländischen Presse, um auch mit ihnen sofort die Verbindung aufzunehmen. In einer Ansprache betonte er, daß die neue Regierung

im Sinne der von dem bisherigen Kabinett geführten Außenpolitik

bestrebt sein werde, unter Wahrung der nationalen Interessen in enger Zusammenarbeit mit den auswärtigen Mächten eine Besserung der weltwirtschaftlichen Lage zu erreichen. Dabei würden die Bemühungen der neuen Regierung vor allem auf eine

Wiederingangsetzung des wirtschaftlichen Lebens

gerichtet sein.

Freitag vormittag Fortsetzung der Kabinettsberatungen

Da die erste Sitzung, die das Reichskabinett nach seiner Vereidigung abgehalten hat, nur den formalen Charakter hatte, daß sich das Kabinett konstituierte, wird die nächste Kabinettssitzung bereits Freitag vormittag stattfinden. In dieser Sitzung sollen vor allem die personellen Fragen behandelt werden, die noch gelöst werden müssen. Dazu gehört vor allem die Ernennung des neuen Pressechefs der Reichsregierung. Im Anschluß daran will das Kabinett die sachlichen Beratungen über sein Programm beginnen.

Weitere Parteien nehmen zur neuen Reichsregierung Stellung

Der Geschäftsführende Vorstand und die Reichstagsfraktion der

Deutschen Staatspartei

haben eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die Deutsche Staatspartei lehnt mit aller Bestimmtheit das Kabinett von Papen ab, das gegen den Geist der Verfassung gebildet und ohne Rücksicht auf außenpolitische, innenpolitische und wirtschaftliche Gefahren lediglich dazu bestimmt ist, die Weisungen der rechtsradikalen Parteien auszuführen, ohne daß diese selbst an der Verantwortung formell beteiligt sein sollen.

Die Reichstagsfraktion des Christlichsozialen Volksdienstes

trat zur Beratung der politischen Lage zusammen und nahm, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, nach mehrstündiger Aussprache in einer Entschließung zur Lage Stellung, in der es u. a. heißt: „Die gegenwärtige Krise ist durch Kräfte herbeigeführt worden, in deren Ziel die Oeffentlichkeit noch keinen vollen Einblick hat. Der Volksdienst lehnt jede Mitverantwortung für die gefährlichen Folgen ab, die sich hieraus in außen- und innenpolitischer Beziehung wahrscheinlich ergeben werden. Der Volksdienst hält die Herstellung einer klaren verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für die weitere politische Entwicklung für unerläßlich. Diese Forderung kann nur durch formale Eingliederung der Nationalsozialisten in die Verantwortung erfüllt werden. Der Volksdienst wird aber selbstverständlich auch diese Regierung nicht von vornherein an ihrer Arbeit zu hindern suchen, wenn auch ihre Bezeichnung als „Regierung der nationalen Konzentration" sachlich unbegründet ist. Der Volksdienst wird sein Verhalten nach den Taten der Regierung richten und auch hier die Sachfragen der vaterländischen Politik maßgebend sein lassen."

Ungerechtfertigte Angriffe gegen Reichskanzler von Papen wegen seines Verhaltens im Kriege

Gegen den neu ernannten Reichskanzler von Papen sind in der in- und ausländischen Presse zum Teil scharfe Polemiken wegen seines Verhaltens als deutscher Militärattachee in Washington während der ersten Kriegsjahre erschienen. In politischen Kreisen, so schreibt die Conti-Korrespondenz, empfindet man es peinlich, daß gewisse Teile der deutschen Presse dem Auslande, insbesondere der amerikanischen Oeffentlichkeit, gewissermaßen das Stichwort dazu gegeben haben. Wenn jetzt die amerikanischen Zeitungen ihre Kartotheken über den „Fall Papen" geleert haben, so kann man ganz beruhigt sein, daß das angezündete Feuer auch wieder ausbrennen wird. Reichskanzler von Papen hat damals in seiner Eigenschaft als deutscher Militärattachee in Washington genau so nur seine Pflicht getan, wie alle diejenigen, die als Kriegsverbrecher auf den Auslieferungslisten gestanden haben. Dies kommt auch im übrigen in holländischen Pressestimmen ganz nachdrücklich zum Ausdruck, in denen gesagt wird, daß für die gleichen Handlungen, die von Papen zum Vorwurf gemacht worden sind, in den alliierten Ländern vielen Leuten Ordensauszeichnungen verliehen wurden.

Im übrigen hat einer Exchange-Meldung aus Newyork zufolge der Bundesstaatsanwalt des Staates Newyork im März d. J. die Akten über ein im April 1916 gegen Herrn von Papen eingeleitetes Verfahren, die er zufällig fand, mit dem Vermerk „Erledigt" versehen lassen. Das Verfahren ist also auch formell niedergeschlagen.

Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz

teilt mit: Allen bisherigen Meldungen über den Inhalt der Unterredung unseres Führers Adolf Hitler mit dem Herrn Reichspräsidenten, die angeblich von nationalsozialistischer Seite kommen sollen, steht die NSDAP. fern. Ihre grundsätzliche Auffassung über die Lage nach dem Sturz des Kabinetts Brüning ist bekannt und in der nationalsozialistischen Parteikorrespondenz dahingehend zum Ausdruck gebracht worden, daß ein Kabinett des besonderen Vertrauens vorerst die Aufgabe zu lösen habe, den Reichstag nach Hause zu schicken, Neuwahlen auszuschreiben, die Organisations-, Propaganda- und Demonstrationsfreiheit für die bisher so maßlos unterdrückte nationalsozialistische Bewegung wiederherzustellen und durch den Appell an die Nation Uebereinstimmung zu schaffen zwischen dem Willen des Volkes und seiner parlamentarischen Vertretung. Die Lösung einer solchen ebenso notwendigen wie staatspolitisch bedeutsamen Aufgabe als Voraussetzung einer grundlegenden wirtschaftlichen und politischen Neugestaltung würde durchaus auf der Linie der großen Zielsetzung liegen, die die nationalsozialistische Freiheitsbewegung dem deutschen Volke gegeben hat und die sie auf dem schnellsten Wege durchzuführen entschlossen ist. Die Veröffentlichung der Stellungnahme der Partei zum neuen Kabinett und seinen Maßnahmen wird zur gegebenen Zeit erfolgen.

Parteipresse zur Ernennung v. Papens

Die nunmehr erfolgte Ernennung von Papens zum Reichskanzler wird von den Parteiblättern allgemein sehr ausführlich besprochen.

Der **„Völkische Beobachter"** erklärt, die Neubildung der Uebergangsregierung sei ohne Schwierigkeit und ohne große Erschütterung vor sich gegangen, wenn auch die Systemparteien in ihren Blättern behaupteten, es vor Aufregung gar nicht aushalten zu können. Das Peinlichste an der neuen Regierung, die wohlverstanden keine nationalsozialistische Regierung darstelle, sei zweifellos die Tatsache, daß ein führender Zentrumsmann den Posten eines Reichskanzlers nach Dr. Brüning übernommen habe. Am Schluß eines längeren Artikels des preußischen Landtagsabgeordneten Kube im gleichen Blatt heißt es: Die nächsten Wochen und Monate werden die Neugestaltung der politischen Machtverhältnisse im Reich und in den Ländern bringen. In der Hand des Reichspräsidenten von Hindenburg liegt es, dem Wunsch der Nation Rechnung zu tragen. Die Nation aber wünscht, daß Zentrum und Sozialdemokratie und alle anderen November-Parteien beschleunigt in der Versenkung verschwinden, und daß das Dritte Reich an die Stelle des Parteisystems vom 9. November 1918 tritt. — Die **„Germania"** meint zwar, die Ernennung sei wenigstens insoweit zu begrüßen, als in dieser kritischen Zeit, in der selbst für einige Tage eine verantwortliche und handlungsfähige Regierung nicht zu entbehren sei, eine gefährliche Lücke geschlossen worden sei, tritt aber im übrigen entsprechend der Haltung der Zentrumspartei dem neuen Kabinett sehr kritisch gegenüber. Wenn es gestern wahr gewesen sei, so sagt das Blatt, daß das Kabinett Brüning einer wachsenden Volksmeinung weichen und aus ihr heraus mit neuen Männern eine neue Regierung geschaffen werden mußte, dann müsse man heute feststellen, daß die jetzt gefundene Lösung dieser Wahrheit von gestern keineswegs entspreche. Diejenigen, die die neue Regierung gefördert hätten, stünden auch heute wieder außerhalb jeder Verantwortung. — Die **„Vossische Zeitung"** spricht von einem Auflösungskabinett. Die nationalsozialistische Tolerierung erfolge unter Bedingungen, deren Annahme einer Kapitulation gleichkomme. Es habe den Anschein, daß der neue Kanzler nach der Stellungnahme des Zentrums darauf verzichten werde, sich und sein Kabinett dem Reichstag vorzustellen, daß er von der ihm zugesagten Vollmacht des Reichspräsidenten zur Auflösung des Reichstages sehr bald Gebrauch machen werde. — Der **„Vorwärts"**, der den Reichspräsidenten scharf angreift, führt aus, daß die Sozialdemokratie, die in diesem Jahre schon zwei große Abwehrschlachten gewonnen habe, auch die dritte Abwehrschlacht gegen Hitler, die unvermeidlich geworden sei, durchführen werde. — Der **„Börsen-Courier"** ist der Ansicht, daß dem Kabinett Papen das „tragende Element, der Motor im Innern, der Wind in den Segeln fehle". — Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** führt aus, es könne nicht geleugnet werden, daß das Kabinett von Papen einen Schritt bedeute, der schon längst hätte getan werden müssen, nachdem die Stimmung der zehn oder dreizehn Millionen Deutschen festgestellt worden sei, die immer stürmischer eine andere Politik des Reiches verlangt hätten. Diesen Kräften den Weg bereitet zu haben, damit das gestörte Gegengewicht im Leben der Nation wiederhergestellt werde, das sei unzweifelhaftes Verdienst in erster Linie des Reichspräsidenten und in zweiter des Mannes, der sich zur Verfügung gestellt habe. — Der **„Tag"** schreibt, das neue Kabinett sei nicht unterbaut durch eine parlamentarische Mehrheit, es ruhe auf dem Autoritätsbegriff Hindenburg und auf dem Fundament der deutschen Wehrmacht, das vielleicht die einzige feste Stütze in dem Wirrwarr unserer Tage bilde. Die Aufgabe der nationalistischen Bewegung gegen die marxistische Novemberfront und was sich ihr anschließe aus den Bezirken der Demokraten und des Zentrums sei für die kommenden erbitterten Wahlkämpfe gegeben. Aus dieser Aufgabe folgere sich die Haltung der neuen Regierung selbst, denn für den deutschen Nationalismus gehe es nicht um Parteimachtstellung, sondern um den Wiederaufbau der Nation, Staat, christlich-ideeller Weltanschauung schlechthin.

Was das Ausland sagt

Die holländischen Blätter

beschäftigen sich eingehend mit der Bildung der neuen deutschen Regierung. Allgemein kommt die starke Ueberraschung über die Ernennung von Papens zum Ausdruck, während gleichzeitig meist die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß sein Kabinett nur als Uebergangskabinett angesehen werden könne. Der **„Telegraaf"** hebt hervor, daß das neue Kabinett sich nur auf wenige Parteien stützen könne und nennt das einzig Hoffnungsvolle an der neuen Kombination, daß der neue Reichskanzler durch seine Bemühungen um eine französisch-deutsche Verständigung sich gute Beziehungen zu Frankreich geschaffen habe. Von der allgemeinen Auffassung stark abweichend äußert sich **„Nieuwe Rotterdamsche Courant"**. Dies Blatt legt dar, daß es von den früheren Kriegsgegnern Deutschlands sehr kleinlich und unaufrichtig sein würde, wollten sie von Papen seine Kriegsvergangenheit zum Vorwurf machen. Man habe auch, so heißt es weiter, vorläufig nicht das Recht, das Kabinett von Papen als ein Uebergangskabinett zu einer nationalsozialistischen Regierung zu bezeichnen. Das Blatt nennt es ferner sehr bemerkenswert, daß man einem im Auslande gern gesehenen deutschen Berufsdiplomaten das Außenministerium anvertrauen wolle und fügt noch hinzu, der neue Reichskanzler sei selbst im Hinblick auf seine große Auslandserfahrung und seine Einstellung zu Frankreich durchaus zu großen Ueberraschungen imstande. Diese Ueberraschungen brauchten keineswegs alle ungünstig zu sein.

Die französische Presse

befaßte sich auch eingehend mit dem Kabinettswechsel in Deutschland. **„Journal"**, das die Regierungsbildung unter dem Gesichtswinkel der Lausanner Konferenz betrachtet, wirft die Frage auf, ob denn überhaupt eine Lösung des Reparations- und Kriegsschuldenproblems sowie Maßnahmen zur Gesundung Europas vorbereitet werden könnten, solange es in Deutschland keine Regierung gebe, die in der Lage sei, positiv mitzuarbeiten. Zum mindesten dürfte ein Beschluß über eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums nicht hinausgeschoben werden. Allerdings sei es fraglich, ob sich die neue deutsche Regierung auf eine derartige Regelung werde einlassen können. Aus diesem Grunde planten England und Amerika, die Lausanner Konferenz durch eine Konferenz in London zu ersetzen. Dieser Plan, so fährt das Blatt fort, müsse aber als eine „Ablenkung" angesehen werden, doch sei eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Wirtschaft schließlich ebenso wichtig wie ein Zusammengehen zur Beseitigung der übrigen Faktoren der Weltwirtschaftskrise. Das katholische Blatt **„L' Aube"** bedauert, daß die französische Politik die Reise Lavals und Briands nach Berlin ohne einen besonderen Schritt zur deutsch-französischen Annäherung habe vorübergehen lassen. Heute könne man nur ebenso wie die gesamte deutsche Presse feststellen: „Man weiß nicht, was morgen sein wird, und man kann es auch nicht wissen." Lausanne, so fährt dann das Blatt fort, werde unter den ungünstigsten Bedingungen vorbereitet.

Auch die Londoner Blätter

berichten ausführlich über die Bildung der neuen Reichsregierung. Mehrere Zeitungen geben der Ansicht Ausdruck, daß nunmehr das Verbot der nationalsozialistischen Sturmabteilungen aufgehoben werde.

Der Berliner Berichterstatter des **„Daily Telegraph"** beschäftigt sich besonders eingehend mit der Persönlichkeit des Generals von Schleicher, den er den starken Mann im neuen Reichskabinett nennt. Herr von Papen werde dem Kabinett seinen Namen geben, aber General von Schleicher sei die treibende Kraft; er werde die Politik des Kabinetts bestimmen und der Hauptverbindungsmann zwischen dem Kabinett und dem Reichspräsidenten sein. Es würde ein Fehler sein, fährt der Berichterstatter fort, wenn man in General von Schleicher unbedingt ein Unglück für Europa sehen wollte. Wahrscheinlich weiß niemand besser als er, daß Herr von Papen eine französisch-deutsche Verständigung für dringend notwendig hält. Es steht fest, so sagt das Blatt, daß der General nicht beabsichtigt, Deutschland an die Diktatur Hitlers und seiner heißköpfigen jugendlichen Unterführer auszuliefern. Er hat bei den Politikern aller Parteien den Eindruck hervorgerufen, daß er der letzte sei, der sich Hals über Kopf in gewagte Abenteuer stürzen würde. **„Financial News"** führen aus, der Beschluß des Präsidenten von Hindenburg, von Papen mit der Bildung einer Regierung zu betrauen, die sich nicht auf politische Parteien oder Gruppierungen stütze, habe in der Londoner City einen günstigen Eindruck gemacht. Man erwarte, daß der Reichstag aufgelöst und die neue Regierung nach Lausanne gehen werde, gestützt allein auf die Autorität des Reichspräsidenten und ohne Rücksicht auf die Haltung des Parlaments.

„Corriere della Sera"

wendet sich gegen die Uebertreibung der Gefahren und gegen die alarmierende Auslegung, die ein Teil des Auslandes der inneren Lage Deutschlands gibt. Den anscheinend so wirr durcheinandergehenden und so düsteren Ereignissen liege durchaus eine vernünftige Entwicklungslinie zugrunde. Deutschland gehe durch eine Krise, die nicht für Deutschland allein außerordentlich schmerzlich sei. Aber mit jedem Tage wachse das Empfinden, daß es vorwärts gehe auf dem Wege zur Stabilität. Die Demission Brünings, fährt das Blatt fort, trägt den Stempel des Willens des Reichspräsidenten. Im großen und ganzen läßt sich sagen, daß eine gewisse innere Verbindung zwischen dem alten und neuen Deutschland bestehen bleibt. Der wahre innere Feind Deutschlands ist der Kommunismus und jene europäischen Regierungen, die Milliarden für einen Kranz bis zum äußersten gerüsteter und gegen Moskau gerichteter Kleinstaaten ausgeben, während sie Deutschland schwach und wehrlos halten wollen. Die Friedensverträge sind keine Papierfetzen und müssen ihre geschichtliche Funktion erfüllen. Aber selbst wenn sie vollkommen sein würden, was nicht der Fall ist, wären sie nicht von ewiger Dauer.

Was Polen sagen

Die neue Reichsregierung wird von der polnischen Presse als Uebergangskabinett angesehen, die Adolf Hitler und den Generalen die Machtübernahme erleichtern soll. Der deutschfeindliche **„Krakauer Kurier"** begrüßt die Klärung der Lage in Deutschland und bedauert, daß sie nicht schon im September 1930 erfolgt sei. Die einzige Aufgabe Polens im gegenwärtigen Augenblick sei, kaltes Blut zu bewahren. Europa könne überzeugt sein, daß sich Polen nicht provozieren lassen werde. Aehnliches schreibt der im Regierungslager stehende **„Kurjer Poranni"** in Verbindung mit einer spitzen Bemerkung über den „junkerhaften Charakter" der neuen Regierung, der große Gefahren in sich berge. Polen müßte jedenfalls kaltes Blut bewahren und staatsmännische Klugheit beweisen.

In den Newyork Times

wird ausgeführt: Der Militarismus Hitlers wäre eine Gefahr für den Frieden in Europa. Die Mentalität der neuen Männer in Berlin aber ist keine solche Gefahr, da sie wüßten, daß Deutschland nicht in der Lage ist, die Sieger von 1918 herauszufordern. Der Gedanke läßt sich nicht ohne weiteres als töricht abweisen, daß eine konservative Regierung militärischen und nationalistischen Charakters ein Hitler-Regime in größere Ferne zu rücken vermag, als Brüning dies konnte. Ueberdies erinnert Deutschlands Schwenkung nach rechts an die ähnliche Wendung in England, und auch Herriots Kabinett scheint Platz für rechtsstehende Politiker zu haben.

Aus dem Reichstag

Im Kriegsbeschädigtenausschuß

wurde ein Antrag Mumm (Christlichsoz.) zur Aenderung der vierten Notverordnung mit den Stimmen sämtlicher Parteien angenommen. Er ersucht die Regierung, die Anrechnung der Sozialrenten auf die Kriegsbeschädigtenrenten wieder zu beseitigen und, solange dies nicht möglich sei, eine Reihe von Milderungen eintreten zu lassen, insbesondere von völliger Aufhebung der Sozialrenten abzusehen und zu verhüten, daß Heimstätten, die Kriegsbeschädigte mit Hilfe einer Kapitalabfindung aus ihrer Kriegerrente geschaffen hätten, ihnen wiederum verloren gingen.

Die Zentrumsfraktion

hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, in der alle politischen Fragen noch einmal ausführlich besprochen wurden, insbesondere auch die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung und die Aussichten eines baldigen Wahlkampfes.

Die kommunistische Reichstagsfraktion

hat beantragt, den Aeltestenrat des Reichstages sofort zusammenrufen zu lassen zwecks Stellungnahme zu einem Antrag der Kommunisten auf Einberufung des Reichstages für kommenden Montag.

Die Regierungsbildung in Bayern

Die Bayerische Volkspartei hat die Initiative zur Bildung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung in Bayern ergriffen. Der Vorsitzende der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat an die Fraktion der NSDAP., der Sozialdemokratischen Partei, des Bauern- und Mittelstandsbundes und an die Gruppe der Deutschnationalen Volkspartei ein Schreiben gerichtet. Der Vorschlag der Partei läuft auf die Wahl eines Ministerpräsidenten ohne vorausgehende Vereinbarungen koalitionsmäßiger Art unter den Parteien hinaus. Für die Wahl des Ministerpräsidenten schlägt die Bayerische Volkspartei den bisherigen Ministerpräsidenten **Dr. Held** vor.

Grundsätzliche Uebereinstimmung über die Verlängerung des internationalen Reichsbankkredites

Aus Paris, 2. Juni, wird gemeldet: In der Frage des internationalen Rediskontkredites für die Reichsbank in Höhe von 90 Millionen Dollar ist heute grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt worden, nachdem der Regentenrat der Bank von Frankreich sich mit der Angelegenheit heute nachmittag beschäftigt hat. Der Kredit wird erneuert, ohne daß, wie dies von französischer Seite ursprünglich beabsichtigt gewesen war, eine teilweise Zurückzahlung schon jetzt vorgenommen wird. Es soll gleichzeitig aber eine Formel festgesetzt werden, welche eine automatische Tilgung des Kredites im Zusammenhang mit der Besserung der Devisenlage der Reichsbank erlauben soll.

Die große Aussprache im Landtag

Die Plenarsitzung des Preußischen Landtages ist auf den Zugangsstraßen und im Hause wieder stark durch polizeiliche Absperrung und strenge Kontrolle gesichert worden.

Präsident Kerrl eröffnet die Sitzung um 11,15 Uhr.

Auf der Regierungsbank sind nur einige **Ministerialbeamte** erschienen.

Während ein Beisitzer die große Zahl der neuen Anträge verliest, ereignet sich

ein kleiner Zwischenfall.

Einem der Photographen, die ihre Apparate auf der Pressetribüne aufgestellt hatten, entfällt ein Teil seines Gerätes. Die Apparateteile stürzen mit Getöse in den Plenarsaal herab, in die Nähe des kommunistischen Sektors. Die im ersten Moment entstehende allgemeine Aufmerksamkeit löst sich in Heiterkeit auf, als die Ursache des Zwischenfalles bekannt wird. Bei den Kommunisten wird gerufen: Das neueste Attentat der Nazis.

Antrag auf Herbeirufung der Minister

Zur Geschäftsordnung erklärt Abg. **Kasper** (Kom.), die geschäftsführende Regierung habe es bisher nicht für nötig gehalten, an den Tagungen des neuen Landtages teilzunehmen. Heute sitze die Regierung auf der Anklagebank. (Sehr richtig bei den Kommunisten). Die Kommunisten hielten es für unmöglich, daß Gericht gesessen werde über einen Angeklagten, der nicht anwesend sei. (Zustimmung bei den Kommunisten). Sie beantragten daher, daß die Regierung sofort herbeigerufen werde.

Abg. **Winzer (Soz.)** wendet sich gegen den Antrag mit der Begründung, daß ein zurückgetretenes Kabinett keine Rechenschaft zu geben brauche.

Abg. **Kube** (Nat. Soz.) bezeichnet den Antrag der Kommunisten als eine absolute Selbstverständlichkeit. Er könne nicht verstehen, daß sich die Sozialdemokratie dagegen wehre. Solange die Regierung im Amte sei, müsse sie der Volksvertretung Rechenschaft geben, solange die Herren die hohen Gehälter entgegennehmen, haben sie hier anzutreten. (Lebhafte Zustimmung und Bravorufe bei den Nationalsozialisten).

Abg. **Pieck** (Kom.): Die Regierung könne sich von der Verantwortung für ihre unerhörte Politik nicht befreien.

Abg. **Hamburger** (Soz.): Das Ministerium führe lediglich die Geschäfte und habe keine Veranlassung, sich dem Landtage oder irgendeiner Partei des Landtages zu stellen.

Abg. **Borck** (DVVP.) führte aus, die Regierung Braun solle die letzte Gelegenheit erhalten, sich zu rechtfertigen und zu versuchen, sich der Anklage vor dem Staatsgerichtshof zu entziehen, die folgen werde. (Beifall bei den Deutschnationalen).

Abg. **Kube** (Nat. Soz.) wies die Behauptung zurück, als ob die Nationalsozialisten sich ihrer Pflicht entziehen wollten, die verantwortliche Führung der Geschäfte in Preußen in die Hand zu nehmen. Die Sozialdemokraten wollten am liebsten eine erbliche Monarchie in Preußen schaffen. Das geschäftsführende Ministerium trage die Verantwortung dafür, daß vorgestern in Berlin auf das souveräne Volk geschossen wurde, und daß die Berliner Polizeiorgane die Bevölkerung als Freiwild ansähen. Minister, die schießen lassen, erklärt der Redner, haben die Pflicht, hier anzutreten und sich zu verantworten. Wir verlangen ihren Antritt zur letzten Musterung. (Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Der Antrag auf Herbeirufung des Staatsministeriums wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen und die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbrochen.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung ist

die Regierungsbank weiter leer.

Die Zentrumsminister Dr. Steiger, Dr. Hirtsiefer und Dr. Schmidt sitzen auf ihren Abgeordnetenplätzen.

Abg. **Kube** (Nationalsoz.) nimmt hierauf noch Herren Minister? Er erklärt dann zur Geschäftsordnung: Ich möchte den Herrn Präsidenten fragen, ob die Herren Minister von ihrer Verpflichtung, hier zu erscheinen, unterrichtet worden sind, und was sie darauf geantwortet haben.

Präsident Kerrl teilt mit, daß er den Ministerpräsidenten habe unterrichten lassen, einen Bescheid aber nicht erhalten habe.

Abg. **Kube (Nationalsoz.)** nimmt hierauf noch einmal das Wort: Ich stelle fest, daß wenigstens die Minister des Zentrums dem Hause gegenüber die schuldige Hochachtung erweisen, die ein souveränes Volk verlangen kann. Für die preußische Politik ist nach der Verfassung aber der Herr Ministerpräsident verantwortlich. Ich stelle im Namen meiner Fraktion erneut den Antrag auf Vertagung der Sitzung um eine Viertelstunde, um dem Herrn Ministerpräsidenten noch einmal Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben, ehe der Landtag den Antrag auf Anklage gegen Dr. Braun vor dem Staatsgerichtshof stellt. Die für die Einbringung des Antrages erforderlichen 100 Unterschriften werden bereits gesammelt. Zwar wird in diesem Landtage eine Zweidrittelmehrheit für die Annahme des Antrages nicht zustande kommen, doch mache ich die Sozialdemokraten darauf aufmerksam, daß nach einer Neuwahl dieser Antrag bestimmt durchgehen wird. Durch unseren erneuten Antrag, den Ministerpräsidenten herbeizurufen, wollen wir urkundig festlegen, wie weit der Ministerpräsident in der Verhöhnung und Ignorierung des Preußischen Landtages gehen will. (Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Abg. **Borck** (Dn.) stimmt dem Antrag auf nochmalige Vertagung zu und bittet den Präsidenten, den Ministerpräsidenten ausdrücklich zu ersuchen, daß er wenigstens dem Landtag eine Antwort zukommen lasse, wenn er es für richtig halte, die Bestimmungen, die von seinen sozialdemokratischen Freunden geschaffen worden seien, mit Füßen zu treten.

Präsident Kerrl stellt fest, daß der Beschluß des Landtages dem Ministerpräsidenten persönlich zugestellt worden sei.

Der Antrag auf erneute Unterbrechung der Sitzung wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung teilt **Präsident Kerrl** mit, er habe sich mit Ministerpräsident Dr. Braun telephonisch in Verbindung gesetzt. Der Ministerpräsident habe ihm erklärt, daß er damit beschäftigt sei, einen Brief an den Landtag zu diktieren, weil er und das Staatsministerium Zweifel hätten, ob die Herbeirufung eines bereits zurückgetretenen Kabinetts zulässig wäre.

Abg. **Kube** (Nat.-Soz.): Die Ansicht des Ministerpräsidenten sei nicht zutreffend, da das Ministerium, wie sich aus der Anwesenheit einiger Minister im Landtage ergebe, nicht solidarisch sei. Im Namen der Nationalsozialistischen Fraktion bringt der Redner den Antrag ein,

der Landtag wolle beschließen, sämtliche preußischen Minister, die der sozialdemokratischen Partei und der Staatspartei angehören, wegen schuldhafter Verletzung der preußischen Verfassung vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen.

Präsident Kerrl fügt seiner Mitteilung hinzu, Ministerpräsident Braun habe ihm weiter erklärt, er würde in der morgigen Kabinettssitzung die Zweifel, die er habe, vortragen.

Der Antrag Kube wird mit der politischen Aussprache verbunden.

Zur Begründung der deutschnationalen und kommunistischen

Mißtrauensanträge

und des weiteren deutschnationalen Antrages, der die

Beseitigung der letzten Geschäftsordnungsänderung

bezweckt, führt

Abg. **Steuer** (Dn.) aus, daß die Geschäftsordnungsänderung den Charakter einer moralisch ungewöhnlich tiefstehenden parlamentarischen Schiebung, eines glatten Betruges an dem neuen Landtag und seiner Wählerschaft trage. Die Deutschnationalen verlangten eine beschleunigte Klarstellung, welche Parteien gegenwärtig bereit seien, dieses Betrugsmanöver zu decken. Trifft die Behauptung zu, daß die kommunistische Partei gemeinsam mit der früheren Regierungsmehrheit die Geschäftsordnungsschiebung erhalten wolle, dann wird durch eine Abstimmung über den deutschnationalen Antrag vor aller Oeffentlichkeit klargestellt, daß das derzeitige Kabinett Braun seine Schattenexistenz unmittelbar den Kommunisten verdankt. (Sehr richtig rechts.) Der Antrag seiner Fraktion gegen die Regierung Braun sei ein Feststellungsbeschluß, dessen Zulässigkeit nicht bestritten werden könne. Der Redner sagt u. a. noch: Der Zusammenbruch der Regierung Brüning, die mit dem Kabinett Braun gemeinsam das bisherige politische System verkörpert hat, ist ein neues und entscheidendes Zeichen des unabänderlichen Zerfalles jenes republikanisch-demokratischen Systems. Auf seinen Trümmern stellen wir fest, daß der von Anbeginn von uns Deutschnationalen gegen dieses System rücksichtslos geführte Kampf sich nach jeder Richtung als berechtigt erwiesen hat. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Vizepräsident Baumhoff teilt dem Hause hierauf das angekündigte

Schreiben des Ministerpräsidenten

mit. Das Schreiben besagt, daß der Ministerpräsident für Freitag eine Sitzung des Staatsministeriums einberufen habe, in der die Frage geklärt werden solle, ob eine zurückgetretene Regierung noch verpflichtet sei, im Landtag zu erscheinen.

Abg. **Pieck** (Komm.) begründet die Anträge seiner Fraktion. Es handelt sich um einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Braun sowie um Anträge auf Einstellung der Zahlungen auf Grund des Young-Planes, auf Annullierung des Abfindungsvertrages mit den Hohenzollern und auf Ausweisung von russischen Weißgardisten aus Deutschland. Nach einer Polemik gegen die Sozialdemokratie betont der Redner, daß der deutschnationale Sprecher sogar schon wage, im Landtag von der Monarchie zu sprechen. Wolle man den Bürgerkrieg, so sei die Arbeiterschaft bereit, ihr Leben zu verteidigen. Als der Redner Ausführungen über die Schlägerei im Landtag macht, kommt es zu erregten Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Vizepräsident Baumhoff ruft sowohl den Redner wie einen Nationalsozialisten zur Ordnung.

Abg. **Kube** (Nat.-Soz.) sagt u. a., die Sozialdemokratie habe außenpolitisch stets die Versklavung des deutschen Volkes befürwortet; sie habe an der Politik Brünings festgehalten, weil sie auf eine sogenannte Verständigung rechnete. Es habe sich herausgestellt, daß Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei keine Verständigung wollten. Das Kabinett Brüning habe deshalb seine entscheidende Niederlage bereits bei den preußischen Landtagswahlen erlitten. Gegenüber der Börse und sonstigen Leuten, die sich als deutsche Wirtschaft darstellten, erkläre er namens seiner Partei: Wir warnen die Börse vor einer Fortsetzung ihres verbrecherischen Spiels. (Beifall bei den Nat.-Soz.) Sollte dieses Spiel der letzten Tage fortgesetzt werden, werden wir die Schließung sämtlicher Börsen in Preußen sofort verlangen. (Erneuter Beifall rechts.) Hätte man im Kriege manche Kriegsschieber rechtzeitig gehengt, wäre es besser um Deutschland gewesen. Die Herren Spekulanten mögen zur Kenntnis nehmen: Was vor 14 Jahren vergessen worden ist, kann noch nachgeholt werden. Bisher habe Braun gegenüber den Nationalsozialisten den Zaren Preußens gespielt. Nun habe das souveräne Volk den Wunsch, Herrn Braun als Objekt der parlamentarischen Verhandlung im Landtag anwesend zu sehen. Dr. Braun passe das nicht. Ich muß, so erklärt der Redner, sagen, das paßt nicht ganz in das Charakterbild dieses an sich tapferen und offenen Sozialdemokraten. Es sei falsch, zu behaupten, daß die Regierung Braun sich jetzt jeder politischen Maßnahme enthalte. Das Kabinett Braun habe im Gegenteil in den letzten Wochen eine gesteigerte politische Tätigkeit entfaltet, nicht nur in der Ernennung von besonders gut bezahlten Beamten, sondern darüber hinaus in der Terrorisierung von Beamten anderer politischer Richtungen. Der Redner verwahrt sich gegen Maßregelungen von nationalsozialistischen Beamten und Lehrer. Er wundere sich, daß ein Sozialdemokrat heute behaupten könne, die Regierung enthalte sich politischer Betätigung, obwohl kürzlich die blutigen Zusammenstöße bei der Stagerrakwache sich ereignet hätten. Vor der Oeffentlichkeit dieses Hauses muß ich einmal die Frage stellen: Glauben Sie etwa, daß die englische Polizei auf Engländer schießt, die — jetzt nach 100 Jahren — den Tag von Trafalgar noch feiern? Nein, so etwas ist nur in Preußen möglich! Solche Polizeioffiziere, die die nationale Jugend als Freiwild für ihre Schießübung halten, sind eine Gefahr für das preußische Volk! Sie müssen sofort verschwinden. Es sollen hier eben absichtlich „Fälle" geschaffen werden, damit man sich dann mit der Judenpresse immer die Bälle gegenseitig zuwerfen kann. Wir werden daher auch für eine gerechtere Besetzung der Pressetribüne sorgen. (Stürmischer Beifall bei den Nat.-Soz.) Wenn ein Sozialdemokrat in Stettin einen Juden ohrfeigt und ihn einen Judenlümmel nennt, dann lehnt die Mehrheit des Hauses die Aufhebung der Immunität ab, aber wenn ein Nationalsozialist dem Herrn Dr. Weiß nur den schönen Vornamen Isidor zulegt, dann kommt dieser humorlose Mann und stellt Strafantrag. Es gab einmal Majestätsbeleidigungsparagraphen. Wilhelm II. selbst hat später darauf verzichtet, sie in Anwendung zu bringen. Aber Sie (zu den Soz.) sind doch heute noch nicht soweit! In keinem Staat der Welt herrscht eine derartige politische Bevormundung wie in Preußen. Ich nehme Rußland und Italien aus, weil da keine Vergleichsmöglichkeiten bestehen. Wir wünschen einen gründlichen Wandel der Schulpolitik in Preußen. Von den heutigen Provinzialschulkollegien wird nur ein ganz geringer Teil sich als arbeitsfähig erweisen. Ich kann mir gut denken, daß die Lehrfreiheit gewisse Grenzen erfordert. Diese Grenze fängt an, wo das Interesse des Staates und der Nation in Frage gestellt ist, aber nicht bei den Interessen einer Partei. Sozialismus und Nationalismus sind dasselbe. Der nationale Sozialismus bejaht den Staat. Das Bekenntnis des preußischen Volkes am 24. April ist nicht ein Bekenntnis zur Anarchie. Der Staat soll dem Volke Arbeit, Freiheit, Wohlstand, Unabhängigkeit und Aufstieg, Gerechtigkeit und Kultur vermitteln. Da das deutsche Volk christlich ist, ist es auch Pflicht des Staates, dem Wunsche der Eltern auf christliche Erziehung ihrer Kinder Rechnung zu tragen. Das kann er nicht, wenn er sozialdemokratisch regiert wird. Den kommunistischen Antrag auf Fürstenenteignung lehnen wir aus Gerechtigkeitsgefühl ab. Der deutsche Sozialismus hat auch das Recht der Hohenzollern anzuerkennen. (Rufe links: Unerhört! Das nennt sich Arbeiterpartei!) Jawohl, Arbeiterpartei! Es gibt kein höheres Recht des Arbeiters, als das Recht des anderen gerecht zu beurteilen. Wir Nationalsozialisten ehren die große Vergangenheit unseres Volkes und Staates. Ohne die Hohenzollern, ohne Friedrich I., Friedrich den Großen und den alten verehrungswürdigen Kaiser säße keiner von Ihnen (nach links gewandt) an dieser Stelle. (Lebhafter Beifall bei den Nat.-Soz.) Das Volk, das seine Geschichte verleugnet, gibt sich selbst auf. Ein Volk kann seinen Niedergang ertragen, wenn es die Größe seiner Vergangenheit ehrt. Wenn Sie gegen unseren Parteigenossen Prinz August Wilhelm nichts weiter vorbringen können, als daß er Hohenzollern ist, so erwidere ich Ihnen: Nicht Braun und Severing haben preußische Geschichte gemacht, sondern die Hohenzollern. (Lärm bei den Soz., Beifall bei den Nat.-Soz.) Sie können nicht leugnen, daß wesentliche Teile der Arbeiterschaft lieber in Reih und Glied mit einem ehrlichen Prinzen stehen, als mit einem jüdischen Schieber. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Nat.-Soz.) Das deutsche Volk hat den Klassenkampf satt. Eine kommunistische Partei ist nur möglich in einem von Sozialdemokraten geleiteten Staatswesen, in einem Staatswesen, das die Interessen der arbeitenden Volkskreise wahrnimmt, gibt es keine kommunistische Partei mehr. Der Nationalsozialismus ist die gottgewollte Selbsthilfe des arbeitenden Deutschland. (Lebhafter Beifall bei den Nat.-Soz.) So gehen wir in diesem Hause an unser Werk, an die Neugestaltung des Staates.

Als Abg. **Heilmann** (Soz.) die Rednertribüne betritt, verlassen die meisten Nationalsozialisten den Sitzungssaal.

Abg. **Heilmann** führt u. a. aus: Ich kann meine Darlegungen zur politischen Lage nicht beginnen, ohne auf die empörenden Rohheitsexzesse bei der Schlägerei im Landtag zurückzukommen. (Rufe bei den Nat.-Soz.: Sieh dich vor!) Wir haben an den Schlägereien keine Freude, haben allerdings auch keine Veranlassung zur Furcht, weder hier noch politisch. Denn wir tragen in uns die absolute unerschütterliche Gewißheit unseres endgültigen Sieges. (Händeklatschen bei den Soz.) Wenn die Nationalsozialisten den Saal verlassen, sobald einer von uns spricht, tun sie das, weil sie die Kraft unserer geistigen Argumente fürchten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Als es aber heute zu erregten Szenen kam, hat ein nationalsozialistischer Abgeordneter gerufen: Wenn wir das nächste Mal den Saal räumen, gibt es Tote. (Hört, hört! bei den Soz.) Zur Pflicht des Präsidenten, Zusammenstößen vorzubeugen, gehört es auch, daß der Präsident auf parlamentarischen Ton hält. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir hatten heute eigentlich eine Programmrede des Führer der Nationalsozialisten erwartet. Der Abg. Kube hat sich aber auf die Aufzählung von Kleinigkeiten beschränkt. Die Behauptung, daß die preußische Regierung am Tage der Skagerrakschlacht auf das feiernde Volk habe schießen lassen, ist falsch. Ein Leutnant hat den Befehl zum Schießen gegeben, als seine Beamten mit Steinen beworfen wurden. Seit dem 31. Mai sind die Nationalsozialisten verantwortlich für Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und da habe ich doch ernste Sorgen um die deutsche Zukunft. (Sehr wahr! bei den Soz.) Für die erste Regierung der Harzburger Front, die jetzt gebildet ist, ist charakteristisch, daß ihr kein Mensch angehört, der aus der deutschen Arbeiterklasse hervorging. Ich hoffe, diese Kraftprobe genügt, um den Arbeitern den Geschmack am Dritten Reich gründlich zu verderben. Das Volk wird hoffentlich aus den Intrigen der letzten Tage die Schlußfolgerung ziehen, daß an Stelle der Präsidialgewalt wieder die volle demokratische Selbstverwaltung treten muß. (Beifall bei den Soz.) Wenn wir jetzt gewaltsam aus der Verantwortung entfernt worden sind, für die wir schwere Opfer bringen mußten, so bleibt uns vorläufig eine Aufgabe: Wir wollen Ihnen zeigen, wie man verantwortungsbewußte, wie man wirkliche nationale Opposition macht. (Beifall links.) Der Redner setzt sich dann mit den Vorwürfen auseinander, die Kube wieder gegen das „System" erhoben habe. Die neue Reichsregierung erscheint uns als Gefahr für die Verfassung, als unmittelbare Bedrohung der Rechte der Sozialversicherung und der anderen Arbeiterinstitutionen. Jetzt gilt es, den Zusammenschluß aller Arbeiter zu betreiben. (Beifall bei den Sozialdemokraten, lärmende Unterbrechungen bei den Kommunisten.) Es gibt (zu den Kommunisten gewandt) nur eine Möglichkeit zur Einigung: jeder befolgt seine eigene Taktik, aber die gegenseitigen Beschimpfungen hören auf. Wenn die Reaktion im Reich das Volk zu Neuwahlen an die Urne ruft, werden wir Gelegenheit erhalten, unseren Kampf für die Arbeiterklasse und für die Freiheit fortzusetzen. Wir rufen das deutsche Volk auf zum Kampf gegen das Faustrecht der Reaktion.

Abg. **Letterhaus** (Ztr.): Der Mann, der jetzt aus der Reichsregierung gedrängt wurde, entstammt unseren Reihen. Sich zu Brüning in dieser Stunde zu bekennen, ist ein aufrichtiges Bedürfnis meiner Freunde in Preußen. (Beifall.) Wir haben von Preußen aus immer die Landespolitik untergeordnet unter die Interessen des Reiches, auch weil die außenpolitischen Fragen heute entscheidend für das Schicksal unserer Nation sind. Brünings Wege konsequent zu Ende gegangen, hätten Deutschland aus der Umklammerung befreit und die ganze Welt einer freundlicheren Zukunft entgegengeführt. (Sehr wahr! im Zentrum.) Die Stunde für eine staatsbejahende Rechte war 1930 gekommen. Diese Stunde hat aber keine arbeitswillige Rechte gefunden, obwohl das Zentrum frei war nach jeder Seite und immer die Kräfte gesucht hat, wo sie sich zu ernster Zusammenarbeit boten. Während sich die Rechte versagte, wuchs das Verständnis auf der Linken. Es sei in diesem Landtag vom Munde des Zentrumsredners gesagt, daß wir, ganz gleich, wie die Entwicklung sein möge in unserem Vaterland und welche Aufgaben das Zentrum je zu erfüllen haben wird, diese im besten Sinne des Wortes nationale Haltung der Linken jederzeit anerkennen. (Beifall im Zentrum und links.) Brüning und Stegerwald sind Opfer einer Wühlarbeit geheimer Konventikel und exklusiver Klubs geworden. (Sehr wahr.) Es sind dies dieselben Cliquen, die in der Vorkriegszeit schon die frischfröhliche Hetze auf Kanzler und Minister durchgeführt haben, wenn sie irgendwo im Osten oder in Klubs in Berlin ausmachten, daß der oder jener Minister fallen mußte. Und wieder sind es Großindustrie und Großlandwirtschaft, die bei dieser Arbeit zusammenwirken. Wir fürchten, daß das deutsche Volk die Kosten dieser Politik zu zahlen haben wird. (Anhaltende Unterbrechungen bei den Nationalsozialisten und Zurufe.) Die Nationalsozialisten haben mir eben zugerufen „Gewerkschaftssekretär". Ich bin das zwar nicht, stelle aber fest, daß, wie bei der sogenannten nationalsozialistischen Arbeiterpartei die Gewerkschaften verhöhnt werden. (Rufe bei den Nat.-Soz.: Nur die Bonzen!) Weite Kreise der Bevölkerung äußern die Befürchtung, was jetzt nach der Ernennung der neuen Regierung mit unserer Währung würde. Wir halten es für dringend geboten, daß die neuen Männer schon morgen zum deutschen Volke sprechen und ihr Programm darstellen. Sie können das Volk beruhigen, denn an der Spitze der Reichsbank sitzt bis 1934 Dr. Luther. Ihm sei Dank für seine bisherige Haltung, und wir haben die Gewißheit, daß das Volk über die Währung ruhig sein kann, auch wenn man den Reichsbankpräsidenten drängen sollte, bestimmte Experimente zu machen. Ein offener Verfassungsbruch wäre nach unserer Meinung die Bestellung eines Reichskommissars für Preußen in einem Augenblick, wo kein Notstand in diesem Lande besteht. Das Zentrum wird alle Bestrebungen auf Erhaltung der Ordnung unterstützen und deshalb auch die Anträge auf Aenderung der Geschäftsordnung ablehnen. Der Nationalsozialist Kube hat geschrieben: „Ministerpräsident wird in Preußen

wen Adolf Hitler bestellt." (Sehr wahr! bei den Nat.-Soz.) Hier irrt Herr Kube. Sie (zu den Nat.-Soz.) übersehen, daß nach der Weimarer Verfassung, die Sie doch achten und respektieren wollen, und nach der Geschäftsordnung der neue Ministerpräsident mit absoluter Mehrheit gewählt werden muß. Praktisch heißt das, daß in Preußen nur ein Ministerpräsident gewählt werden kann, dem das Zentrum zustimmt. Wir warten in aller Ruhe (Rufe bei den Nat.-Soz.: „Wir auch!"), was die Sieger des Wahlkampfes, die Nationalsozialisten, mit ihren 162 Abgeordneten praktisch hier im Preußischen Landtag anzufangen wissen. Was wir im übrigen hier erlebt haben, ermutigt uns keineswegs in der Annahme daß die Nationalsozialisten zu dieser positiven Arbeit bereit sind. (Anhaltende Unterbrechungen bei den Nat.-Soz.) Wenn Kube sagt, daß 90 Prozent der Staatsanwälte in den Anklagezustand versetzt werden müßten, weisen wir dies mit gebührender Schärfe zurück. Wir glauben, daß die Beamtenschaft, auch innerhalb der Justiz, in ihrer überwiegenden Mehrheit treu zu ihrem Eide steht. Deutlich muß man auch einmal aussprechen, daß es zutrifft, daß wir seit einigen Jahren uns in einer Epoche des politischen Mordes befinden. (Anhaltende Zurufe bei den Nat.-Soz.) Es gibt nichts Unchristlicheres (Rufe bei den Nat.-Soz.: als das Zentrum!), als die Drohung mit künftigen Justizmorden, die sich in Schriften und Reden der Radikalen vorfindet.

Abg. **von Morozowicz** (Dntl.) hebt hervor, daß ein Staat zwar nicht ohne gesunde Wirtschaft bestehen könne, daß er aber ebensowenig zu existieren vermöge, wenn man seinen Wehrwillen und den christlichen Glauben zerstöre. Aus diesem Grunde hätten die Deutschnationalen das Verbot der Gottlosenverbände der KPD. begrüßt. In dem Deutschland von morgen werde es überhaupt keine kommunistische Partei mehr geben. Der Reichspräsident habe sich aber auch nach anderen Gottlosen- und Freidenkerverbänden erkundigt. Eine hohe Stelle, die heute nicht mehr im Amte sei, habe geantwortet, daß diese anderen Verbände harmlos wären. Die Deutschnationalen hatten das Material über diese Verbände gesammelt und dem Reichspräsidenten zugeleitet. Der Redner trägt dann Einzelheiten aus diesem Material vor und fragt, wie sich das Zentrum zu dieser Art von Jugenderziehung stelle. Die Deutschnationalen könnten es nicht verstehen, daß Menschen, denen das Christentum heilig ist, politische Bündnisse mit solchen Gruppen eingehen, die der Gottlosenbewegung Vorschub leisteten. Sie klagten die jetzige preußische Regierung vor Gott und der Geschichte an, die Gottlosenbewegung zugelassen zu haben.

Abg. **D. Koch, Deynhausen, (Dntl.)** erblickt in der Aenderung der Geschäftsordnung, die der Landtag vorgenommen hat, einen Verstoß gegen die Verfassung. Der jetzige Landtag habe daher nichts eiligeres zu tun, als die Aenderung der Geschäftsordnung wieder aufzuheben. In einer Polemik gegen die Regierung Braun beschäftigt sich der Redner u. a. auch ausführlich mit der Tätigkeit der Republikanischen Beschwerdestelle. Nach der Annahme des Youngplans habe sich statt der versprochenen Erleichterungen von 700 Millionen eine Mehrbelastung von 5 Milliarden für Reich, Länder und Gemeinden ergeben. Beamte aber, die gegen die Annahme des Youngplanes eingetreten seien, müßten noch heute darunter leiden. Der Vorwurf des Zentrumsredners, daß die Deutschnationalen „versagt" hätten, gehe fehl. Hugenberg habe die Behauptung Dr. Brünings, die Deutschnationalen hätten sein Angebot auf Beteiligung an seinem Kabinett abgelehnt, als der Wahrheit zuwiderlaufend zurückgewiesen.

Abg. **Stendel** (DVP.) nennt die Geschäftsordnungsänderung ein Stück aus dem Tollhaus. Die Gegnerschaft der DVP. gegen das Kabinett Braun mit seiner parteipolitischen Führung der Staatsgeschäfte sei bekannt. Der deutschnationale Antrag, dem zurückgetretenen Kabinett noch ein Mißtrauen auszusprechen, sei überflüssig und habe keine Bedeutung. Man sollte annehmen, daß die Nationalsozialisten nun das Bestreben hätten, die bisherige Regierung so schnell wie möglich zu beseitigen; statt dessen wollen sie, wie Abg. Kube ausgeführt habe, bis nach den kommenden Neuwahlen im Reiche warten. (Abg. **Kube:** Das hat seine Gründe!) Der Redner wendet sich gegen die Bemerkung des Abg. Kube, daß 90 Prozent der preußischen Staatsanwälte auf die Anklagebank gehörten. Eine solche Aeußerung sei zu verurteilen. Die dringendste Aufgabe des neuen Landtags sei es, sobald wie möglich eine verfassungsmäßige Regierung zu bilden.

Abg. **Veidt** (Chr.-Soz.) verurteilt die im alten Landtag getroffene Aenderung der Geschäftsordnung. Durch solche Methoden werde das politische Leben vergiftet. Der Christlich-Soziale Volksdienst habe oft genug Veranlassung gehabt, die Politik der Regierung Braun zu beanstanden. Durch die Methode der parteipolitischen Stellenbesetzung sei die Moral des Beamtentums zerstört worden.

Abg. **Biester** (Dtsch. Hann.) bezeichnet es als ein dringendes Erfordernis, daß die Nationalsozialisten endlich in die Verantwortung kommen, damit man sehe, ob sie ihre großen Versprechungen in der Praxis auch einhalten würden.

Mit der Fortsetzung der Aussprache am Freitag wird ein vom Abg. **Koenen** (Komm.) eingebrachter Antrag verbunden, der sich

gegen die neue Reichsregierung

wendet.

In einem nationalsozialistischen Antrag wird die Staatsregierung ersucht, die

deutsche Vorgeschichte als Pflichtschulfach

in den Volksschulen und höheren Schulen einzuführen.

Ein weiterer Antrag fordert die

Beseitigung der weltlichen Schulen.

Die Zentrumsfraktion ersucht in einem Urantrag das Staatsministerium, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, eine wesentliche umgehende

Senkung der künstlichen Düngemittelpreise

herbeizuführen.

Ich will Euch trösten, wie einen seine Mutter tröstet. Jes. 66 V. 13.



Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß fiel in der Nacht vom 30. zum 31. Mai durch eine Kugel von Mörderhand mein unvergeßlicher innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, Bruder und Schwager

Jodokus Kehrer

Pol.-Betr.-Ass. i. R.

im Alter von 43 Jahren.

Er starb für die nationalsozialistische Bewegung im Glauben an Deutschlands Erneuerung.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Lina Kehrer geb. Becker
Heinrich Kehrer
Erna Kehrer.

Burscheid-Dünweg, den 2. Juni 1932.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 4. Juni, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Dünweg 859, aus statt.

Sollte jemand aus Versehen eine besondere Anzeige nicht erhalten haben, bitten wir, diese als solche zu betrachten.

Aufruf

In der Nacht vom 30. zum 31. Mai wurde der Nationalsozialist

Jodokus Kehrer

aus **Burscheid-Dünweg**

von kommunistischem Gesindel ohne Grund durch einen Herzschuß ermordet.

Diese gemeine Tat hat in unserer Gemeinde große Empörung hervorgerufen. Der Ermordete war ein Mensch von ausgezeichnetem Charakter und treudeutschem Wesen, der niemals jemanden ein Unrecht hätte tun können, sondern zu jeder Zeit hilfsbereit für bedrängte Volksgenossen eintrat. Die Tatsache, daß der kommunistische Überfall planmäßig und mit Bedacht vorbereitet war, läßt die Tat umso gemeiner erscheinen. Daran ändern auch nichts die von den Kommunisten herausgegebenen Flugblätter, die von einem Kommunisten verbreitet wurden, der mit einer Militärwaffe in der Tasche verhaftet wurde.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Ortsgruppe Burscheid, fordert die anständig denkenden Volksgenossen von Burscheid auf, sich durch demonstrative Beteiligung an der Beerdigung des Ermordeten zu beteiligen, um dadurch den Unwillen für derartige politische Terrorakte zu bekunden.

Am Samstag Fahnen auf Halbmast!

NSDAP Ortsgruppe Burscheid
Brinkschulte, O.-G.-Leiter.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unserer lieben Entschlafenen, sowie für die schönen Kranzspenden statten wir hierdurch allen unseren innigsten Dank ab.

Gebrüder Heinrichs

Bornheim und Büchel, im Juni 1932.

Neue ermäßigte Anzeigenpreise durch den

Personal-Anzeiger des „Daheim"

Unsere Geschäftsstelle des Bergischen Volksboten vermittelt ohne Spesenaufschlag Anzeigen für das „Daheim". Das Publikum hat nur nötig, die Anzeigentexte bei uns abzugeben und die ermäßigten Gebühren zu entrichten.

Diese lauten:

Stellen-Angebote . . jetzt nur 90 Rpf.
Stellen-Gesuche . . . jetzt nur 67 Rpf.
Sonstige kl. Anzeigen (auch Heiratsanzeigen) 1.08 RM. für die Zeile (1 Zeile = 7 Silben)

Geschäftsstelle des „Bergischen Volksboten"

Haus- und Grundbesitzer

Gegen mäßiges Honorar übernehme ich die Prüfung der neufestgesetzten Einheitswerte, die vom 2. Mai bis 1. Juni 1932 beim Finanzamt offen gelegt sind und lege evt. Rechtsmittel gegen dieselben ein.

Willi Peters
Steuer- und Wirtschaftsberatung
Burscheid, Höhestraße 20, Telefon 485

Postkarten in jeder Ausführung liefert schnell und billig die Buchdruckerei dieser Zeitung

---

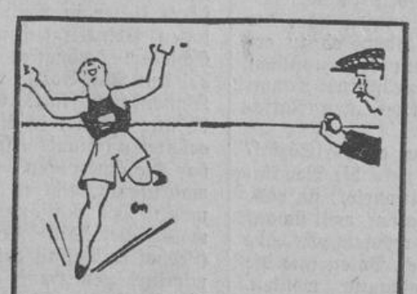
Bekanntmachung

Die von dem Kreistag des Rhein-Wupper-Kreises in seiner Sitzung vom 4. April d. Js. beratene und genehmigte Kreissatzung betr. den Besuch der Fortbildungsschule für die Gärtner (Gärtnerschule) des Rhein-Wupper-Kreises in Opladen ist durch Beschluß des Bezirksausschusses 1. Abt. unter dem 17. Mai 1932 unter Aktenzeichen J. C. 898/32 bestätigt worden.

Die vollzogene Genehmigung der Kreissatzung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, wobei ich darauf hinweise, daß die Satzung betr. den Besuch der Fortbildungsschule für Gärtner (Gärtnerschule) des Rhein-Wupper-Kreises sowohl im Kreishaus — Zimmer Nr. 5 — wie auch in der landwirtschaftlichen Schule, Düsseldorfer Straße 153 zur Einsichtnahme durch die Interessenten offen liegt.

Opladen, den 1. Juni 1932.

Der Landrat: Trimborn.



Erster am Zielband!
Wer möchte das nicht sein?

Wie Sie sich in allen Sportarten vorbereiten, verbessern und fertigmachen können für den Sieg, lesen Sie in den bekannten Lehrbüchern des Verlags Dieck & Co, Stuttgart. Verlangen Sie von dort den ausführlichen Katalog über Sportbücher. Auch für Sie den Meister, der Sie richtig berät!

Rad- und Motorsport-Klub „Diamant" Burscheid

Samstag, den 4. Juni, im Vereinslokale „Berg. Hof" (Hans Maron) Luisenstraße

Mitglieder-Versammlung

Sonntagvormittag

1. Lauf der diesjährigen Vereinsmeisterschaft

Nähere Bekanntmachung in der Versammlung.

Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder erbeten.

Der Vorstand.



Freiw. Feuerwehr
Löschzug 1 Burscheid

Sonntag, den 5. Juni, morgens punkt 6 Uhr

Uebung

Vollzähliges Erscheinen erwartet

Brandmeister Mebus.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Burscheider Zeitung — Nr. 128 2. Blatt — Freitag, 3. Juni 1932

Staat und Hundewesen

Etwa 3/4 Milliarde Reichsmark erbringt jährlich das deutsche Hundewesen an Nutzwerten. Wenn auch viele Hunde ihrer Formschönheit wegen gehalten werden, so sind auch diese als Gebrauchshunde anzusehen; denn selbst der kleinste Hund wirkt als Alarmglocke bei Gefahr. Höhere und höchste Anforderungen an die Leistungen der Hunde werden allerdings an diejenigen Tiere gestellt, die planmäßig im Dienste des Staates, z. B. im Heere, bei der Polizei, bei der Reichsbahn usw., ferner zur Jagd und in landwirtschaftlichen Betrieben verwendet werden. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hatte das Preußische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, zugleich im Namen des Reichsministeriums und des Preußischen Ministeriums des Innern, die im deutschen Hundewesen tätigen Großorganisationen, die zusammen etwa 170 000 Mitglieder vertreten, zu einer Besprechung über die Weiterentwicklung des deutschen Hundewesens geladen. Es waren anwesend: Vertreter des Deutschen Kartells für Hundewesen, der Delegierten-Commission für Rassehundezucht, des Verbandes zur Prüfung von Gebrauchshunden zur Jagd und der Gesellschaft für Hundeforschung.

Uebereinstimmend bekundeten die Vertreter der genannten Ministerien das weitgehende Interesse des Staates an der Förderung des deutschen Hundewesens. Im Falle des — heute noch fehlenden — Zusammenschlusses aller Kräfte im Hundewesen würde für dieses Gebiet eine weit kräftigere Mitarbeit des Staates möglich sein zum Nutzen der deutschen Volkswirtschaft, der Hundezüchter und Hundehalter sowie der am Diensthundewesen interessierten Behörden. Denn viel sei noch auf dem Gebiete des Hundewesens an Nutzwerten herauszuholen. In der darauf folgenden Aussprache wurde auch von den Vertretern der Großorganisationen das Bedürfnis nach einer engen Zusammenarbeit aller Kräfte zum Ausdruck gebracht. Jede Zersplitterung müßte künftig vermieden werden. Gewünscht wurde auch von verschiedenen Seiten die dauernde Mitarbeit des Staates im Hundewesen und die Gründung einer umfassenden Organisation. Es soll auch versucht werden, darauf hinzuwirken, daß die jetzige Regelung des Hundewesens durch eine zweckentsprechendere abgelöst wird.

Die Vertreter der Ministerien erklärten sich bereit, für diese Wünsche einzutreten. Im weiteren Verlauf der Besprechung wurde zur Lösung verschiedener Fragen ein Ausschuß gewählt. Es besteht daher Aussicht, daß neue Wege im deutschen Hundewesen eingeschlagen werden, deren Ziel darauf gerichtet sein muß, unter Einsparung von Aufwendungen die volkswirtschaftlichen Nutzwerte des Hundewesens zu steigern.

Eine frohe Botschaft für Kranke und Ärzte

Wilhelmshaven, die grüne Stadt am Meer, der Heimathafen unserer Reichsmarine, das vielbesuchte Nordseebad, hat eine weitere Bedeutung erlangt durch das Schlickbad am Jadebusen.

Italienischer Fango, russischer Limanschlamm, deutscher Schlick streiten um den Vorrang. Die wissenschaftliche Untersuchung der deutschen Zentralstelle für Balneologie hat darüber schon vor 3 Jahren entschieden. Die deutsche „Zeitschrift für wissenschaftliche Bäderkunde" bestätigt, daß „der Schlick von Wilhelmshaven als ein Heilmittel erkannt ist, welches an Güte den italienischen Fango und den russischen Limanschlamm übertrifft".

Für die leider sehr große Zahl der Rheuma- und Gichtkranken, ferner aller mit Ischias, Gelenkentzündung, Arthritis deformans, Frauenleiden, Neuralgien und Lähmungen Behafteten beansprucht diese wissenschaftliche Feststellung erhebliches Interesse. Die mit dem Wilhelmshavener Schlick erzielten Heilerfolge machen von sich reden. Und es ist doch recht bemerkenswert, daß die städtische Kuranstalt in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon 7000 Bäder und Packungen verabreicht hat. Durchschnittlich kamen auf einen Kurgast nur 8 bis 9 Bäder — ein Zeichen für die außerordentliche schnelle und zuverlässige Wirkung der Schlickkuren. Da überdies der Dauererfolg der Kuren bei verhältnismäßig wenig Bädern deutlich hervortritt, erkennen auch die Krankenkassen mehr und mehr die Vorteile, die sich für sie aus den ärztlichen Schlickbad-Verordnungen ergeben. Der niedrige Preis der Bäder und der billige Aufenthalt in Wilhelmshaven ohne Kurtaxe im Sommer und im Winter ist besonders für Krankenkassenpatienten von großem Vorteil.

Die bedeutsamsten Heilerfolge waren bisher zu verzeichnen, auch in schwierigsten Fällen, bei Rheuma, Gicht, Ischias, Arthritis deformans, Neuralgien und entzündlichen Unterleibskrankheiten der Frauen. Auch sind Gliedmaßen gegen Steifwerden nach Verletzung und operativen Eingriffen erfolgreich behandelt worden, ebenso Lähmungserscheinungen. Wegen der sehr starken Wirkung werden die Bäder nur auf ärztliche Verordnung verabreicht. Die Bäder sollen, da sie die meisten Patienten sehr anstrengen und hinterher im Ruheraum starkes Schwitzen hervorrufen, nur einen Tag um den anderen gebraucht werden.

Die Stadtverwaltung empfängt laufend Zuschriften von Kranken und Aerzten, die alle die Wirkung des Schlicks nicht genug zu rühmen wissen. Aus diesen in der Wilhelmshavener Tagespresse veröffentlichten Briefen ist zu ersehen, daß die meisten Kurgäste schon zuvor allerlei Kuren ohne wesentlichen Erfolg angewendet hatten. Die Behandlung durch Einreibungen, Schwitzbäder, Fichtennadelbäder, Einspritzungen, Bestrahlungen, Diathermie, Kuren in radio-aktiven Bädern, Sole-, Moor- und anderen Schlammbädern haben auch bei vielfachem Gebrauch die Krankheiten und Schmerzen nicht nachhaltig zu bannen vermocht. Nach einer Schlickkur von nur 8—12 Bädern ist dann aber der ersehnte Erfolg eingetreten.

Ein Beispiel nur: Ein Patient, der seit 20 Jahren an heftigem Rheumatismus litt, sich nur mit 2 Stöcken fortbewegen konnte und infolge Kräfteverfalls nur noch 123 Pfund wog, hat durch 12 Schlickbäder seine Schmerzen vollständig verloren, eine Gewichtszunahme von 37 Pfund erreicht und kann wieder stundenlang laufen ohne jede Beschwerde, hat wieder vollkommen gesunden Schlaf erlangt und ist schließlich von einer besonders hartnäckigen Verstopfungserscheinung befreit worden. Um das alles zu erreichen, hat er als Krankenkassenmitglied nur 48 RM aufwenden müssen. Das sind Kurkosten, die in anderen Bädern nahezu für die Kurtaxe allein zu zahlen sind.

Ist der Schlick auch kein Allheil-Mittel, so verbürgt seine Anwendung nach den bisherigen Erfahrungen bei den vorstehend angeführten Krankheiten aber in 80 von 100 Fällen Erfolg. In den meisten Fällen war Dauererfolg zu verzeichnen, auffälligerweise selbst bei Arthritis deformans, einer Krankheit, deren Bekämpfung besonders schwierig ist. In letzter Zeit sind noch nennenswerte Erfahrungen gemacht worden bei Behandlung von Muskelschwund, von traumatischen Gelenkversteifungen nach Brüchen und inneren Blutergüssen, ferner bei Behandlung der geschlossenen Tuberkulose, der Gelenke und Extremitäten, der Hämorrhoiden und Hautkrankheiten. Bei Frauenleiden konnten durch Schlickbehandlung vielfach operative Eingriffe vermieden werden. Auch gegen allerlei Alterserscheinungen hat sich der wohltätige Einfluß der Schlickkuren deutlich gezeigt.

Somit ist bestimmt zu erwarten und zu wünschen, daß das neue Heilmittel noch unzähligen Kranken die erhoffte Erlösung von ihren schweren Leiden bringt.

Überwachungsstelle für Markenmilch

Nach § 26 des Reichsmilchgesetzes müssen bei den gesetzlichen Berufsvertretungen der Landwirtschaft Ueberwachungsstellen für Markenmilch gebildet werden, welche die gesamte Durchführung des Markenmilchbetriebes überwachen sollen. Für den Bezirk der Rheinprovinz ist diese Ueberwachungsstelle jetzt bei der Landwirtschaftskammer in Bonn gegründet worden. Sie ist für die Zukunft für alle mit der Markenmilch zusammenhängenden Fragen die zuständige Stelle für die Beurteilung und Entscheidung. Nach eingehenden Verhandlungen und nach Zustimmung des Oberpräsidenten tritt die Ueberwachungsstelle jetzt erstmalig mit den Markenmilchbestimmungen an die Oeffentlichkeit.

Markenmilch ist bekanntlich eine verbesserte Konsummilch in Flaschen, für deren Gewinnung, Behandlung, Beschaffenheit, Vertrieb und Ueberwachung in dem Gesetz und in den Ausführungsbestimmungen des Reiches und Preußens eingehende Vorschriften festgelegt sind. Die Lieferung von Markenmilch darf mit Ausnahme der Lieferung an Krankenhäuser, Schulen und ähnliche Institute nur in Flaschen erfolgen. Der Anschluß an einen Kontrollverein ist erforderlich. Von einschneidender Bedeutung sind die Bestimmungen über den Gesundheitszustand der Kühe.

Das Abfüllen der Milch in Flaschen muß im Betriebe selbst erfolgen. Hinsichtlich der an die Beschaffenheit der Milch zu stellenden Anforderungen ist bei Festlegung der Bestimmungen von der Auffassung ausgegangen, daß es in erster Linie auf die größte Sauberkeit bei der Gewinnung und Behandlung ankommt und daß aber im übrigen die Anforderungen ein wirtschaftlich tragbares Maß nach Möglichkeit nicht überschreiten.

Das Recht zur Führung von Markenmilch kann nach einer eingehenden tierärztlichen Prüfung und einer Betriebskontrolle verliehen werden. Bisher liegen bei der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz 160 Anträge auf Führung von Markenmilch vor. Es ist weiterhin Bedingung für die Verleihung der Milchmarke, daß der betr. Betrieb einer Organisation von Markenmilchbetrieben oder einer Liefergemeinschaft angegliedert werden kann. Es soll damit der Zweck verfolgt werden, eine planmäßige Belieferung und eine einheitliche Preisgestaltung für die verschiedenen Verbrauchergebiete und Orte anzustreben.

Gegen Natur- und Wildfrevel

Trotz zahlreicher Veröffentlichungen in der Tages- und Fachpresse wird teils aus Unkenntnis, teils aus Unaufmerksamkeit, vielfach aber leider auch mit Absicht immer noch mancher Natur- und Wildfrevel begangen. Das Ausnehmen von Gelegen jagdbarer und nicht jagdbarer Vögel, vor allem von Fasanen und Rebhühnern, das Berühren oder gar Mitnehmen von Rehkitzen und Junghasen kommt immer noch vor und verursacht schweren volkswirtschaftlichen Schaden. Vielfach wird dabei, wenn es sich um Rehkitze handelt, angenommen, daß diese, wenn die Ricke nicht zugegen ist, dem Verhungern preisgegeben sind. Dies ist falsch! Gerade in den ersten Wochen nach der Setzzeit läßt die Ricke das Kitz bei Annäherung von Menschen ruhig in der Wiese sitzen, da ihr das kleine, noch unbeholfene Geschöpf nicht schnell genug folgen kann. Sobald aber keine Gefahr mehr besteht, nimmt die Ricke das Kitz sofort wieder an und bringt es in Sicherheit. Ebenso verfährt Rotwild. Deshalb dürfen aufgefundene Kitze nicht gefangen werden. Wer es doch tut, verstößt gegen die Jagdgesetze und setzt sich der Bestrafung aus.

Besonders beim Mähen werden zahlreiche Gelege zerstört, und große Mengen Jungwild werden vernichtet. Es kann deshalb nicht ernstlich genug darauf verwiesen werden, dem Jungwilde die erforderliche Schonung angedeihen zu lassen. Das ist nicht nur Aufgabe der Revierinhaber, sondern überhaupt aller verständigen Menschen, die die Natur erhalten wissen wollen und deshalb ihre Aufmerksamkeit solchen Elementen zuwenden mögen, die absichtlich Schaden anrichten. Was nützt es, wenn der Landwirt ein Gelege schont und es beim Mähen umgeht, wenn es tagsdarauf von Frevlerhand zerstört und beraubt wird! Was nützt es, wenn mit vollem Recht wildernde Hunde und Katzen ferngehalten werden, aber Bubenhände das hilflose Jungwild aufnehmen, um es in der Gefangenschaft zugrunde gehen zu lassen! Die Verödung der Natur ist wahrlich schon weit genug fortgeschritten, als daß nicht jeder, der Freude hat am freilebenden Tier, Anspruch darauf erheben kann, daß solchem Treiben Einhalt geboten wird.

An alle Natur- und Heimatfreunde ergeht daher die Bitte, bei Spaziergängen, Wanderungen und allen sonstigen Gelegenheiten ihr Augenmerk auf jeden derartigen Natur- und Wildfrevel zu richten und ertappte Täter rücksichtslos und sofort zur Anzeige zu bringen, insbesondere auch solche, die Hunde außerhalb der öffentlichen Wege frei umherlaufen lassen. Gern wird sich der Revierinhaber, der solchermaßen Unterstützung findet, erkenntlich zeigen. Und überall im Lande gibt es Landes- und Bezirksvereine des Allgemeinen Deutschen Jagdschutzvereins, die bereit sind, für solche Anzeigen, die zur Bestrafung der Täter führen, Belohnungen zu zahlen.

Der Ginster blüht

Wieder ist die Zeit gekommen, daß sich die sonst so düstere und graue Heide mit einem Meer goldgelber Blüten bekleidet. Der Ginster blüht. Die schöne gelbe Blume lockt viele Ausflügler und Spaziergänger herbei. Man geht noch einmal so gern in die Heide. Und wie jedes Jahr, so muß man auch jetzt wieder bemerken, daß viele Leute sich einbilden, die Blumen seien für sie gewachsen. Die halben Ginstersträucher werden in Bündeln nach Hause geschleppt. Wird man müde vom langen Tragen, dann fliegen die Blumen in den Graben, oder man wirft den ganzen Plunder einfach auf die Straße. Ein paar Blüten für die Blumenvase tätens auch. Jedem Naturfreund wird ans Herz gelegt, dafür Sorge zu tragen, daß die Natur nicht so verschandelt wird.

Unveränderte Arbeitsmarktlage

Die Lage auf dem kaufmännischen Stellenmarkt hat im Monat Mai keine wesentlichen Aenderungen erfahren. Erfreulich ist lediglich, daß der Zugang an gekündigten und stellenlosen Bewerbern gegenüber dem Monat April, wie die Kaufmännische Stellenvermittlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes mitteilt, zurückgegangen ist. Rückschlüsse auf eine Besserung der Gesamtlage können jedoch nicht gezogen werden, weil die Wirtschaft weiter in stärkster Depression verharrt.

Im Baugewerbe und in den Nebenzweigen hat die Beschäftigung immer mehr nachgelassen. Eine Geschäftsbelebung, wenn auch nur in geringem Umfange, wird durch die verschiedenen in Angriff genommenen Stadtrandsiedlungen erwartet. In der Eisen- und Metallindustrie ist die Lage uneinheitlich. Betriebe, die hauptsächlich auf Export angewiesen sind, leiden stark unter Auftragsmangel. In der Maschinenindustrie muß mit neuen Personaleinschränkungen gerechnet werden, ebenfalls werden im Speditionsgewerbe weitere Entlassungen angekündigt. Größere Firmen des Einzelhandels sehen sich infolge der ständigen Kaufkraftverschlechterung genötigt, Personal in größerem Umfange zu kündigen. Auch der Buchhandel klagt über erheblichen Umsatzrückgang. Im Außenhandel wirken sich Zollpolitik und Devisenvorschriften weiter nachteilig aus. Eine leichte Belebung ist lediglich im Versicherungs- und z. T. im Tabakgewerbe festzustellen.

Aufträge zur Besetzung offener Stellen gingen nur zögernd ein und erreichten nicht die Höhe des Vormonats. Die Anzahl der Vermittlungen dagegen ist etwa die gleiche wie im Monat April geblieben.

Die Lage auf dem kaufmännischen Stellenmarkt wird gekennzeichnet durch die Andrangsziffer 111,5 (Bewerber auf eine neugemeldete Stelle) im Mai, gegenüber 104,5 im April, 100,4 im März und 45,5 im Mai 1931.

Aus der Heimat

Der Kölner Pferdemarkt

für den Monat Juni wurde am Mittwoch in den Anlagen des Schlacht- und Viehhofs in Köln abgehalten. Es wurden im ganzen 290 Tiere aufgetrieben, und zwar 237 Arbeitspferde, 53 Geschäftswagenpferde, ferner 36 Fahrzeuge. Der Geschäftsgang war ruhig. Der nächste Pferdemarkt ist am Mittwoch, den 6. Juli.

Es bleibt gewitterhaft

Ueber die Wetteraussichten zum Wochenende schreibt das Meteorologische Observatorium Aachen:

Die Störungstätigkeit nimmt zurzeit über Skandinavien und dem Ozean zu; wir rechnen daher auch für die nächste Zukunft nicht mit Uebergang zu einer beständigen Schönwetterlage.

Ein Hilferuf der Städte

Die zurückgetretene Reichsregierung hat, wie der Deutsche Städtetag mitteilt, die Absicht gehabt, im Rahmen der vorgesehenen Notverordnung die überaus dringlichen Maßnahmen zur Entlastung der Gemeinden und Gemeindeverbände von dem Druck der Erwerbslosenlasten durchzuführen. Es war vorgesehen, den Anteil der Gemeinden an den Kosten der Arbeitslosenfürsorge, die gegenwärtig etwa 1,4 Milliarden Mark jährlich betragen, auf rund 680 Millionen Mark zu begrenzen und die Gemeinden durch einen Reichszuschuß von etwa 700 Millionen Mark zu entlasten. Diese Neuregelung sollte bereits am 1. Juni eintreten.

Durch den Rücktritt der Reichsregierung sind diese Hilfsmaßnahmen nicht in Kraft getreten. Die Gemeinden kommen dadurch in allergrößte Schwierigkeiten. Der engere Vorstand des Deutschen

Städtetages, der heute in Berlin versammelt war, hat einstimmig beschlossen, an die neue Reichsregierung das dringende Verlangen zu richten, die unterbrochene Aktion sofort wieder aufzunehmen und auf der damals beschlossenen Grundlage baldigst durchzuführen. Der engere Vorstand hat eine dahingehende dringliche Eingabe an den Reichskanzler gerichtet.

Auch im Maler- und Anstreichergewerbe Kürzung des Urlaubs

Bei den im Reichsarbeitsministerium geführten Nachverhandlungen über den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs über den Manteltarif für das rheinisch-westfälische Maler- und Anstreichergewerbe schlossen die Parteien eine Vereinbarung. Hiernach wird die Kündigung erstmals am 1. zum 31. Oktober 1932 möglich. Gleichzeitig soll die Urlaubsentschädigung für die Dauer des Vertrages in Höhe von 70 (bisher 100) Prozent vergütet werden. Im übrigen bleibt es bei den Bestimmungen des bisherigen Rahmentarifs.

Der Obsthof im Juni

Die Aussichten auf eine gute Apfelernte sind nach den neuesten Besichtigungen in unseren heimischen Obstgärten in etwa getrübt worden durch das zahlreiche Auftreten des Apfelblütenstechers. Dieser kleine Rüsselkäfer legt seine Eier in die noch nicht aufgebrochenen Blüten. Die Larve ernährt sich von Staubgefäßen und Stempel, wodurch sich die nicht zur Entfaltung kommenden Blüten rotbraun färben (nicht zu verwechseln mit Frostschäden). Zur Bekämpfung der in Borkenrissen überwinternden Käfer dient eine Bespritzung mit Obstbaumkarbolineum, ferner das Anlegen von Fallen in Form von Fanggürteln aus groben Sackleinen, die man um die Stämme oder Aeste legt. Hauptsache dabei ist, die Fallen oft nachzusehen. Ständige intensive Bespritzung der Obstbäume im Frühjahr ist das beste Vorbeugungsmittel. Im allgemeinen können wir noch mit einer mittleren Apfelernte rechnen.

Die Reichsbahn mahnt zur Vorsicht bei Eisenbahnübergängen

Die Schrankenbeschädigungen an Eisenbahnübergängen durch Kraftwagen und durch Fuhrwerke haben in den letzten Jahren erfreulicherweise abgenommen. Immerhin ist aber die Zahl der Schrankenbeschädigungen durch Verschulden der Fahrzeugführer noch verhältnismäßig groß. Allen Kraftwagenführern und Fuhrwerkslenkern wird daher bei Annäherung an Bahnkreuzungen und bei Benutzung von Bahnübergängen die größte Vorsicht erneut zur Pflicht gemacht. Insbesondere wird zugleich darauf hingewiesen, daß Fuhrwerke einschl. Kraftfahrzeuge und Tiere an den Warnkreuzen, oder wo solche nicht vorhanden sind, in angemessener Entfernung von der Bahn angehalten werden müssen, wenn die Uebergänge geschlossen sind, wenn an den mit Zugschranken versehenen Uebergängen die Läutevorrichtung der niedergehenden Schranke ertönt oder wenn ein Zug sich nähert. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft will bei Verstößen gegen diese Bestimmungen mit Bahnpolizeistrafen vorgehen. Bei verursachter Transportgefährdung hat der Schuldige Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft zu gewärtigen.

Zur Rückzahlung von Hauszinssteuerhypotheken

Wie bekannt geworden ist, tritt in der letzten Zeit auf Seiten der Schuldner von sogenannten Hauszinssteuerhypotheken in stärkerem Maße die Absicht hervor, solche Hypotheken abzulösen, um auf diese Weise von den damit übernommenen Bindungen freizukommen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem gemeinsamen Runderlaß des Preußischen Wohlfahrtsministers und des Preußischen Finanzministers entnimmt, erklären die Minister sich damit einverstanden, um die bestehenden Rückzahlungsabsichten zu fördern, daß in Abweichung von der Bestimmung unter Ziffer 11 Abs. 2 der ministeriellen Richtlinien vom 23. Februar 1931 bei Anträgen auf Rückzahlung der Hauszinssteuerhypotheken von einer Nachzahlung von Zinsen, soweit diese in der Vergangenheit nach einem geringeren Satze als 3 v. H. erhoben worden sind, abgesehen wird. Die Minister ersuchen die Regierungspräsidenten, die Gemeinden und Gemeindeverbände entsprechend zu verständigen.

Gebühren-Erlaß für Arbeitslose

Bisher trat für Arbeitslose nur dann ein Gebühren-Erlaß ein, wenn sie bei Einreichung des Antrags Rundfunkhörer gewesen sind und mindestens ein halbes Jahr lang Rundfunkgebühr entrichtet hatten. Diese Bestimmung ist nun dahin geändert worden, daß jeder Arbeitslose kostenlosen Rundfunkempfang beantragen kann, gleichgültig ob er zurzeit noch Rundfunkhörer ist.

Er muß nur nachweisen, daß er seit dem 1. Januar 1931 insgesamt sechs Monate lang ordnungsmäßig zahlender Rundfunkhörer gewesen ist. Ferner ist bestimmt worden, daß auch die Familienangehörigen kostenlosen Rundfunkempfang beantragen können, sofern sie mit ihm in einem Haushalt leben.

Kampf den Wanderunsitten

Es gilt, der Schuljugend immer wieder vor Augen zu führen, daß das Abreißen von Laub und Zweigen an Baum und Strauch, das mutwillige Beschädigen von Baumstämmen, das Pflücken und Ausgraben von Pflanzen geschützter Arten sowie das Zusammenraffen von Blumensträußen ohne Maß und Ziel als Frevel an Natur und Heimat zu verabscheuen ist. Dasselbe gilt für das Fangen, Quälen und mutwillige Töten der Tiere, vor allem der Vögel, der Schlangen, Eidechsen, Fische, Schmetterlinge und Käfer. Neben der Achtung vor Tier und Pflanze gilt es, die Ehrfurcht vor der Heimatlandschaft in ihrer Gesamtheit zu wecken und wachzuhalten. Hier muß das Verunreinigen der Wälder, Fluren und Uferzonen durch Ueberreste von Mahlzeiten, durch Papier, Flaschen und Abfälle andrer Art immer wieder als unwürdig gebrandmarkt werden.

Vorerst kein Einheitstreibstoff

Zahlreiche Proteste aus allen Kreisen der Wirtschaft gegen die zwangsweise Einführung eines Einheitstreibstoffs sind, wie der Reichsverband der Automobilindustrie mitteilt, nun vom Reichsfinanzminister und dem Reichswirtschaftsministerium mit der Erklärung beantwortet worden, daß gegen den Plan in seiner bisherigen Form erhebliche Bedenken bestehen. Vor weitern Maßnahmen müsse daher zunächst die technische und wirtschaftliche Seite des Projekts geklärt sein. Eine Weiterverfolgung des Plans sei vorderhand nicht zu erwarten. Die im Gang befindlichen technischen Untersuchungen dürften kaum vor Oktober d. J. zum Abschluß kommen. Die eingehende Beschäftigung mit dem Problem hat eine Anzahl neuer und kaum überwindbarer Schwierigkeiten ergeben.

Aus der näheren Umgebung

Remscheid

Zwei Zuchthäusler entsprungen

Aus der Lüttringhausener Strafanstalt sind Mittwochmittag zwei Zuchthäusler entwichen, und zwar der am 12. Dezember 1905 zu Duisburg geborene Johann Jodschereit — er hat noch eine Strafe bis 1933 zu verbüßen — und Johann Cociankowski, geboren am 25. Juni 1902 zu Bochum. Letzterer hat noch eine Strafe bis Mitte Juli 1935 abzusitzen. Beide trugen Anstaltskleidung. Die Flucht muß ihnen beim Essenholen gelungen sein.

Wuppertal

Freispruch im Prozeß Funkenberg

Vor dem Erweiterten Schöffengericht wurde seit vier Tagen gegen den Elberfelder Autohändler Dr. Fritz Funkenberg verhandelt. Er war wegen Betruges in 24 Fällen angeklagt, und zwar aufgrund einer Anzeige eines Kunden. Es war ihm zur Last gelegt worden, er habe gebrauchte Wagen als neu verkauft, Versicherungsgelder nicht ordnungsmäßig abgeführt und Kunden auch sonst übervorteilt. Die Beweisaufnahme ergab den Zusammenbruch der Anklage, sodaß selbst der Staatsanwalt Freispruch in 22 Fällen beantragte. Das Gericht sprach den Angeklagten jedoch in allen 24 Fällen auf Kosten der Staatskasse frei und billigte ihm auch Ersatz seiner Auslagen zu. Das Urteil stellt in seiner Begründung ausdrücklich fest, daß kein Verdacht mehr bestehe.

Düsseldorf

Vergleichsvorschlag im Prozeß Weißbach ./. Stadt Düsseldorf

In dem Rechtsstreit zwischen Generalmusikdirektor Weißbach und der Stadt Düsseldorf, der am Donnerstag in der Berufungsinstanz vor dem Landesarbeitsgericht verhandelt wurde, machte das Gericht folgenden Vergleichsvorschlag: Die Parteien einigen sich unter Aufrechterhaltung ihrer beiderseitigen Rechtsauffassung im gütlichen Einvernehmen dahin: Generalmusikdirektor Weißbach scheidet in freundschaftlichem Einvernehmen mit der Stadt Düsseldorf aus deren Diensten. Die Stadtverwaltung zahlt an Herrn Weißbach eine Woche nach rechtkräftigem Vergleich den Betrag von 20 000 Mark. Generalmusikdirektor Weißbach ist bereit, in den Wintern 1932/33 und 1933-34 auf Wunsch der Stadt je zwei von dieser zu veranstaltenden Orchesterkonzerte zu dirigieren. Das Honorar hierfür ist in dem oben genannten Betrag enthalten. Die Parteien werden ersucht, bis spätestens 15. Juni mittags 12 Uhr, schriftlich sich über die Annahme des Vergleichsvorschlages zu äußern. Falls eine Einigung nicht zustande kommt, soll ein neuer Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt werden.

Köln

Keine Kürzung der Kölner Wohlfahrtssätze

Das städtische Pressеamt verbreitete vor zwei Tagen eine Notiz über die Kürzung der Wohlfahrtsrichtsätze in Köln, die auf Grund eines Beschlußes des Beirates für die Angleichung der Fürsorgeleistungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und mit Zustimmung der preußischen Staatsregierung erfolgen sollte. Auf diesen Beschluß hin hatte sich die SPD mit Schreiben an den Oberbürgermeister und an den preußischen Wohlfahrtsminister gewandt, um eine Kürzung der Sätze abzuwenden. Auf Grund dieses Protestes hat der preußische Wohlfahrtsminister verfügt, daß die Sätze, die vor dem 1. Juni in Kraft waren, auch weiterhin Geltung behalten.

Rheydter Paddler rettet einen Selbstmörder

Mittwochnachmittag sprang ein Schwerkriegsbeschädigter an der Südbrücke in selbstmörderischer Absicht in den Rhein. Der Lebensmüde wurde von dem Paddler Kurt Labbe aus Rheydt in sein Paddelboot gezogen und an Land gebracht.

Westdeutsches

Darmstadt. Ein Kind von einem umstürzenden Tor erschlagen. Mittags ereignete sich vor einer Wirtschaft in der oberen Waldstraße ein eigenartiger, leider tödlicher Unfall. Ein 3½jähriger Junge hatte sich vor ein großes Holztor der dortigen Wirtschaft gestellt, als ein schwerer Lastwagen vorbeifuhr. Das Tor, dessen oberste Angel anscheinend nicht mehr fest war, stürzte um und erdrückte das unglückliche Kind.

150 000 RM. unterschlagen

In die eigene Tasche addiert

Mittags wurde in Rheydt der Buchhalter Gerhardt Fleischer wegen Unterschlagung von etwa 150 000 RM. bei der Allgemeinen Konsum- und Produktengenossenschaft GmbH. für Rheydt und Umgebung festgenommen. Die Unterschlagungen reichen bis 1925 zurück. Fleischer nahm bei den monatlichen Buchungen falsche Addierungen vor und unterschlug auf diese Art und Weise monatlich 1000 bis 5000 RM. Von dem unterschlagenen Gelde kaufte er sich ein Haus und eine Kleiderfabrik. Außerdem schaffte er sich noch einen Personenwagen an.

Zu den Unterschlagungen des Buchhalters Gerh. Fleischer bei der „Allgemeinen Konsum- und Produktengenossenschaft" wird noch bekannt, daß Fleischer in vollem Umfange geständig ist. Die Höhe der unterschlagenen Summe, die bisher mit 150 000 Mark festgestellt ist, steht wegen der noch schwebenden Ermittlungen noch nicht endgültig fest. Fleischer, ein 40jähriger Mann, trat als 17jähriger Junge in das Büro der Genossenschaft ein und genoß das größte Vertrauen. Sein Gehalt betrug etwa 300 Mark monatlich. Durch äußerste Korrektheit in seinem sonstigen Auftreten wußte er seine Betrügereien zu verheimlichen. Selbst der Oberrevisor des Reichsverbandes, der in den letzten drei Jahren die Revision in größerem Umfange durchgeführt hat, vermochte die Fälschungen nicht aufzudecken. Fleischer hatte die Monatsabrechnungen für die 84 Filialstellen der Genossenschaft auf große Rechnungsblätter fertig zu machen. Dabei hat er systematisch bei den Schlußzahlen der Kolonnen die Tausender falsch gebucht. Die Genossenschaft hat beträchtliche Vermögenswerte, über die Fleischer verfügt, mit Beschlag belegt, so seine luxuriöse Villa und seinen Personenwagen. Auch die Kleiderfabrik, die Fleischer auf seinen Namen betrieb, und als deren Kommanditisten er und sein Schwiegervater Spielmann eingetragen waren, ist für die Forderungen an die Genossenschaft abgetreten worden. Der Aufwand Fleischers und vor allem seine Fabrikgründung waren deshalb nicht aufgefallen, weil man annahm, daß die Firmierung bei der Kleiderfabrik nur aus steuertechnischen Gründen auf Fleischers Namen vorgenommen worden sei, während der Schwiegervater Spielmann, der Textilfachmann ist, für den tatsächlichen Inhaber gehalten wurde.

Gestohlener Sprengstoff gefunden

9 Schachteln Dynamit von 10 gestohlenen

Kurz vor Pfingsten wurden einem Schießmeister in Verseförde bei Werdohl aus einem Lagerschuppen 10 Schachteln Dynamit gestohlen, ohne daß es gelang, die Täter zu ermitteln. Jetzt wurden wenige Meter vom Schuppen entfernt neun Schachteln Dynamit aufgefunden, die aus dem Diebstahl herrühren. Da die Polizei nach Bekanntwerden des Diebstahls das ganze Gelände ergebnislos absuchte, muß angenommen werden, daß der Sprengstoff nachträglich von den Dieben an die Fundstelle gebracht worden ist. Auf die Ermittlung der Täter war eine Belohnung von 300 RM. ausgesetzt worden. Die Ermittlungen der Polizei gehen weiter.

Kommunistischer Generalalarm für das Ruhrgebiet?

Nach einer Meldung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung beabsichtigen die Kommunisten für den 3. Juli einen Generalalarm für den ganzen Ruhrbezirk. Die RWZ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß bei dieser Gelegenheit auf Befehl der kommunistischen Reichsleitung sämtliche Staffeln des Kampfbundes gegen den Faschismus eingesetzt werden sollen. Die einzelnen Staffelführer haben die Anweisung erhalten, ihre Leute zur Irreführung der Polizei möglichst auf die einzelnen Stadtgegenden, Straßen und Wohnungen zu verteilen. Der Sicherung des Kurierdienstes sei besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Für den 4. Juni sind für alle Staffelbezirke Führerbesprechungen angesetzt, in denen über die bisherigen Maßnahmen berichtet und die künftigen Aktionen beraten werden sollen.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

2 Zentner Fleischwaren gestohlen

Opladen, 3. Juni. In der Nacht zum 1. Juni wurde in einer Metzgerei in der Kaiserstraße eingebrochen und 40 Pfund Rindfleisch, 120 Pfund Schweinefleisch, Speck und etwa 30 Pfund Wurstwaren gestohlen. Die Diebe sind von der Lindenstraße in das Grundstück über Zäune und Hecke eingedrungen und haben das Fenster eingedrückt. — In derselben Nacht wurden einem Fischzüchter in Lützenkirchen aus den Zuchtteichen mit der Angel eine Menge Forellen herausgeholt. Die Täter wurden anscheinend gestört und haben zwei Angeln am Tatort zurückgelassen.

Verkehrshindernis wird beseitigt

Immigrath, 3. Juni. Die an der Kurve der Solinger Straße vor der Eisenbahnlinie liegende alte Scheune, die seit langem ein Verkehrshindernis und vor allem auch Streitobjekt unter den Nachbarn bildete, ist in den letzten Tagen niedergelegt worden. Jetzt dürfte es auch bald möglich sein, die Kurve übersichtlich zu machen. Die Provinzialverwaltung hat in der Kurve ein Stück des Gehweges herrichten lassen, so daß dieser bei feuchtem Wetter benutzbar ist.

Streik der Schuharbeiter?

Wermelskirchen, 3. Juni. Wie der „Düsseldorfer Stadtanzeiger" aus Kreisen der Schuharbeiter erfährt, herrscht große Erregung darüber, daß die Schuhfabrikanten den gegenwärtigen Tarif zum 30. Juni gekündigt haben und einen Lohnabbau von fast 14 Prozent vornehmen wollen. Nach einer Auslassung aus Gewerkschaftskreisen ist die Wermelskircher Schuharbeiterschaft nicht gewillt, sich Lohnsenkungen gefallen zu lassen, alle solche Bestrebungen sollen vielmehr mit allen Mitteln bekämpft werden. Im Interesse der notleidenden Wirtschaft der Stadt, die doch heute fast restlos von den wenigen noch beschäftigten Schuhfabriken leben muß, ist zu wünschen, daß ein Arbeitskampf vermieden wird, der doch letzten Endes weder den Arbeitern noch den Fabrikanten Vorteil bringt.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Grünlandbegehung

Der Einladung von Bürgermeister Vaupel waren insgesamt 30 Landwirte gefolgt, um unter Dr. Sandkühlers Führung eine sogenannte Grünlandbegehung vorzunehmen. Auf dem Marktplatz sprach Direktor Buter von der Landwirtschaftsschule seinen Dank dem Bürgermeister für seine vorbildliche Fürsorge für die Landwirtschaft aus, worauf Dr. Sandkühler die Führung übernahm, und es war für die Teilnehmenden wirklich eine Freude, zuzuhören, wie der erfahrene Fachmann die einzelnen Grünflächen und Betriebe beurteilte und Belehrungen gab. Bei Frau Schneider, Windsoche, wurden besichtigt Stalldunglagerung, Kompostbearbeitung und Koppelwirtschaft. Die Kompostbearbeitung bezeichnete Dr. Sandkühler als eine der besten, die er je gesehen habe. Dann gings ins Krähwinkler Tal, wo der Führer erläuterte, wie man diese sumpfigen Wiesen durch praktische Melioration gerade in der heutigen Zeit durch freiwilligen Arbeitsdienst bei ganz geringen Kosten wesentlich verbessern könne. Die Kosten würden pro Morgen etwa 52 RM betragen. Auf dem Sieferhof wurde eine Weide von 18 Morgen besichtigt, eine sog. Standweide nach altem Muster, die bei Einführung von Koppelwirtschaft wesentlich mehr bringen würde. Dann ging es zu den eigentlichen Versuchsweiden des Herrn Kölges in Krähwinkel. 9 Morgen waren in 7 Koppeln eingeteilt. 9 Morgen nährten 9 Tiere, und $1^3/_4$ Morgen wurde noch abgemäht. Eine saubere, mustergültige Grasnarbe, die durch ein selbsterfundenes Gerät stets sauber gehalten wurde. Junge Landwirtssöhne packten eine sogenannte Heuhütte, auf die das Gras schon 24 Stunden nach dem Mähen zum Trocknen gepackt wurde. Es war der Musterbetrieb eines jungen, strebsamen Landwirtes.

In einer sich anschließenden Versammlung gab Dr. Sandkühler seiner Kritik dahin Ausdruck, daß er den Betrieb des Herrn Kölges als den intensivsten bezeichnete, auf der Windsoche habe man das ernste Bestreben nach Vervollkommnung gesehen, es könne aber noch viel herausgeholt werden. Den Betrieb des Herrn Bückmann bezeichnete er als den am wenigsten intensiv bearbeiteten Betrieb, den man heute gesehen habe. Direktor Buter bezeichnete Witzhelden als den Schrittmacher auf dem Gebiete der modernen Landwirtschaft, seien doch allein 9 Betriebe dem Kontrollverein Wermelskirchen angeschlossen. Dr. Dierkes erläuterte noch einmal die Silofrage.

In seinem Schlußwort gab Bürgermeister Vaupel seiner Freude über das heute Gesehene Ausdruck, er sprach den 3 Führern sowie der Lehrerschaft, die ebenfalls an dem Rundgang teilgenommen, seinen Dank aus und richtete an die Erschienenen die ernste Bitte, ihre Söhne unbedingt der landwirtschaftlichen Schule in Opladen zuzuführen. Ein Lehrgräsergarten wird in allernächster Zeit innerhalb der Gemeinde angelegt werden, um jedem Gelegenheit zu geben, gute und schlechte Futtergräser voneinander zu unterscheiden.

Das Neueste

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter staatlicher und kommunaler Behörden fand gestern in der Düsseldorfer Tonhalle der 10. Gautag des die Regierungsbezirke Köln, Düsseldorf, Münster und Aachen umfassenden Gaues West im Verbande preußischer Polizeibeamten statt.

Gestern morgen stürzten auf der Bahnstrecke Hermeskeil—Simmern 4—500 Kubikmeter Felsmasse auf die Gleise und sperrten diese. Der kurz darauf fällige Personenzug nach Simmern stieß auf die Felsmasse auf. Lokomotive und Packwagen entgleisten. Vier Personen wurden dabei verletzt.

Zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern, Reichsbannerleuten, Kommunisten und Angehörigen der Sozialistischen Arbeiterpartei kam es gestern in Breslau wiederholt zu schweren Zusammenstößen.

Das Reichskabinett hält heute vormittag eine neue Sitzung ab.

Laut „Lokalanzeiger" werden sämtliche Mitglieder des Kabinetts, die der Deutschnationalen Volkspartei angehören, aus der Partei austreten.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat den Reichstagspräsidenten gebeten, sich sofort mit der Reichsregierung wegen Einberufung des Reichstages ins Benehmen zu setzen.

Der neue Reichswehrminister erließ heute eine Kundgebung an die Reichswehr, in der er u. a. erklärt, ich werde meine Kraft daransetzen, daß die Reichswehr dazu befähigt wird, ihre Berufsaufgabe zu erfüllen, Deutschlands Grenzen zu schützen und seine nationale Sicherheit zu gewährleisten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Landtags-Sitzung wurde ein kommunistischer Antrag debattenlos in die Ausschußberatung verwiesen, der sich gegen die Stillegung des Borsigwerkes in Oberschlesien wendet. Auf Antrag des nationalsozialistischen Abgeordneten Hinkler wurde sodann mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen ein Beschluß des Geschäftsordnungsausschusses vom Plenum bestätigt, wonach zahlreiche Strafverfahren gegen nationalsozialistische Abgeordnete eingestellt werden sollen. Die politische Aussprache wurde dann unter lebhafter Anteilnahme auch des Publikums mit einer Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Lohse fortgesetzt.

Aus London wird gemeldet: In einer Ansprache an die ausländische Presse erklärte der neue deutsche Reichskanzler v. Papen, wie die englischen Blätter aus Berlin melden, die ausländische Politik beruhe auf einer klaren Grundlage. Erfolg in auswärtiger Politik sei nur möglich, wenn die innere Lage ganz klar sei. Das neue Kabinett werde alle Kräfte zur Wiederbelebung des internationalen Lebens heranziehen, das nur auf Zusammenarbeit aller Nationen blühen könne.

In einer Besprechung über das neue deutsche Kabinett meint die „Times", daß der Diplomat Freiherr v. Neurath ein willkommenes Bindeglied zwischen der Außenwelt und den „Hinterwäldnern aus Preußen" sei, aus deren Kreisen die meisten der neuen Minister kämen. Neurath sei eine Bürgschaft dafür, daß die Außenpolitik des Reiches in zuverlässigen und erfahrenen Händen liege.

Herriot, der heute nachmittag endgültig mit der Regierungsbildung beauftragt werden wird, hat am Donnerstag die Besprechungen fortgesetzt und angeblich eine Ministerliste aufgestellt, die wesentlich von derjenigen abweicht, die bisher in parlamentarischen und politischen Kreisen umlief.

MacDonald wird am kommenden Dienstag die Regierungsgeschäfte wieder übernehmen.

In einem Bahnhof in Buenos Aires fuhr ein Schnellzug infolge Versagens der Bremsen gegen einen Prellbock. 40 Fahrgäste wurden verletzt.

Ministerpräsident Admiral Saito erklärte am Donnerstag im japanischen Parlament, daß die Berichte von einer ernsten Spannung zwischen Tokio und Moskau unbegründet seien. Die russischen Interessen an der ostchinesischen Eisenbahn seien kein Hindernis für die japanischen Interessen in der Mandschurei.

Das Wetter von heute und morgen

Uebergang zu kühlerem Wetter mit zunehmender Bewölkung, aber noch keine wesentliche Niederschläge.

Strafanträge im Sklarekprozeß

Unter starkem Publikumsandrang und unter großer Spannung stellte heute im Sklarekprozeß, der nunmehr seit dem 31. Oktober 1931 zur Verhandlung steht, Oberstaatsanwalt Freiherr von Steinäcker nach einer nochmaligen Zusammenfassung der Hauptanklagepunkte und einer Würdigung des Strafmaßes folgende Strafanträge:

Gegen Leo und Willy Sklarek wegen fortgesetzten Betrugs in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung zum Nachteil der Stadtbank und wegen Betruges zum Nachteil der Dresdener- und Ostbank, wegen Bestechung durch acht fortgesetzte Handlungen, wegen Betrugsvergehens, Konkursverbrechens, eine Gesamtstrafe aus den verschiedenen Einzelstrafen von je 6 Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren bei Anrechnung der Untersuchungshaft. Haftbefehl mit sofortiger Vollstreckung wurde beantragt.

Gegen Lehmann wegen Beihilfe zum Betruge und schwerer Urkundenfälschung gegenüber der Stadtbank zwei Jahre Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Gegen Tuch beantragte der Staatsanwalt wegen Beihilfe zum Betrug an der Stadtbank 1 Jahr Gefängnis, gegen Schmitt wegen schwerer passiver Bestechung 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeiten zur Bekeidung öffentlicher Aemter auf 5 Jahre, gegen Hoffmann wegen schwerer passiver Bestechung 2 Jahre Gefängnis, gegen Bürgermeister Kohl-Köpenick wegen schwerer passiver Bestechung 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeiten zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf 5 Jahre, gegen Stadtamtmann Sakolowski wegen schwerer passiver Bestechung 10 Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf 5 Jahre, gegen Gäbel wegen schwerer passiver Bestechung 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und wegen Beihilfe zum Betrug zum Schaden der Ostbank 4 Monate Gefängnis, zusammengezogen zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft, gegen Degner wegen schwerer passiver Bestechung 9 Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf 5 Jahre, gegen Bürgermeister Schneider wegen schwerer passiver Bestechung auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf 5 Jahre, gegen Bücherrevisor Luding wegen schwerer passiver Bestechung 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Außerdem wird Haftbefehl bei Urteilsspruch gegen Lehmann, Schmitt, Hoffmann, Kohl, Gäbel, Schneider und Luding gefordert und die Beschlagnahme des Empfangenen ausgesprochen.

Die Angeklagten nahmen durchweg die Strafanträge mit Fassung auf. Leo Sklarek weinte, während Hoffmann mit der Faust auf den Tisch schlug und dann in sich zusammensank.

Selbsthilfe rheinischer Opernkräfte

Eine Notgemeinschaft will in rheinischen Städten Vorstellungen geben

Eine Reihe engagementsloser Opernkräfte, die bisher an rheinischen Bühnen wie Düsseldorf, Essen, Gladbach usw. tätig waren, haben sich zu einer Notgemeinschaft rheinischer Opernkräfte in Köln zusammengeschlossen. Während die stellenlosen Bühnengenossenschaftsmitglieder ein Schauspielensemble gründeten, das demnächst im Emelka-Theater erstmalig gastieren wird, schritten die Künstler der Notgemeinschaft rheinischer Opernkräfte, die die hohen Beiträge der Bühnengenossenschaft nicht mehr bezahlen konnten und aus diesem Grunde als Mitglieder gestrichen wurden, zur Selbsthilfe. Die Stadt Köln hat ihnen ihre Unterstützung zugesagt. Die engagementslosen Künstler werden finanziell zu gleichen Teilen bezahlt. Mit dem Erlös der vorläufig angesetzten Abende soll ein Gemeinschaftsfonds gebildet werden, der den Grundstock zu weiteren Veranstaltungen mit dem Endziel von Opernaufführungen geben soll. Geplant sind Vorstellungen in rheinischen Städten, die sich keine Theater mehr leisten können. Der erste Opernarien-Abend, der bereits mit einem Reingewinn abschloß, wurde im gutbesetzten Saale der Lese zu einem vollen Erfolg.

Häuser verkaufen, um die Beamtengehälter zu zahlen

Aus der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. verlief im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen diesmal bemerkenswert ruhig. Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen des Stadtkämmerers Dr. Lehmann, der bei der Vorlage über den Verkauf von bebauten Liegenschaften in verschiedenen Stadtteilen betonte, daß diese Vorlage unbedingt angenommen werden müsse, weil diese Gelder zur Bezahlung der Beamtenschaft dringend gebraucht würden. Die Stadtverordneten kamen mit Stimmenmehrheit dem Wunsche Dr. Lehmanns nach.

Milspe. Erwerbslose bauen ein Strandbad. Um der Gemeinde Milspe das fehlende Strandbad zu schaffen, haben einige Erwerbslose den Weg der Selbsthilfe beschritten. Eine hiesige Firma stellt ein ihr gehöriges, mit Quellwasser versorgtes Grundstück zur Verfügung, das die Erwerbslosen zu einem kleinen Strandbad mit Becken und Umzäunung ausbauen werden. Das Bad, das hauptsächlich für Erwerbslose gedacht ist, soll noch im Laufe des Sommers fertig werden.

Milspe. Mit der Antriebskurbel niedergeschlagen. Ein hiesiger Autobesitzer, der telefonisch zu einer Wirtschaft zum Abholen von Gästen bestellt wurde, geriet dort mit mehreren Personen in einen politischen Wortwechsel, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Der Autobesitzer wurde hierbei mit der Antriebskurbel seines Wagens so heftig auf den Kopf geschlagen, daß er besinnungslos zu Boden stürzte. Er wurde zum Krankenhaus geschafft, wo er noch, ohne wieder zum Bewußtsein zu kommen, darniederliegt. Sein Zustand ist lebensgefährlich.

Verheerende Maul- und Klauenseuche in der Eifel

In ganz verheerendem Ausmaß macht sich in den letzten Wochen das Auftreten der Maul- und Klauenseuche in der Eifel bemerkbar. Glaubte man noch vor wenigen Monaten, daß die Seuche, von der die Eifel schon seit dem vergangenen Sommer befallen war, zurückgegangen sei, so haben die letzten Feststellungen doch ergeben, daß die Seuche einen großen Umfang angenommen hat. Alle Einzelkreise sind von der Seuche mehr oder weniger erfaßt. Die Gemeindeverwaltungen haben schärfste Maßnahmen angeordnet, um ein weiteres Umsichgreifen zu verhindern. Nicht minder unliebsam macht sich das Auftreten der Seuche auf den Eifeler Marktorten bemerkbar, wo die Abhaltung der Märkte untersagt werden mußte. Es gibt Orte, in denen in normalen Zeiten allmonatlich ein Viehmarkt stattfand, jetzt aber bereits seit fünf Monaten kein Verkauf möglich ist. Der Schaden hat sich in den Eifeler Landwirtschaftskreisen sehr stark fühlbar gemacht.

Die Weltwirtschaftskonferenz

Zunächst müssen alle Großmächte wünschen

„Times" zufolge hatte Sir John Simon Besprechungen mit dem französischen und italienischen Botschafter; er erörterte mit ihnen die Möglichkeit der Abhaltung einer Weltwirtschaftskonferenz und versicherte ihnen, daß die Dinge noch nicht soweit gediehen seien, wie eine am Dienstag in Washington veröffentlichte Mitteilung anzudeuten schien. Auf dem transatlantischen Telephon sei die Möglichkeit einer Teilnahme Amerikas an einer solchen Konferenz besprochen, aber formelle Einladungen seien nicht ergangen, und die Absendung solcher Einladungen werde auch schwerlich erfolgen, bevor feststehe, ob alle Großmächte eine solche Konferenz für wünschenswert halten. Zuerst sei es notwendig gewesen, die Ansicht der Vereinigten Staaten festzustellen; aber es werde keine Einladung ergehen, bevor man mit den anderen Mächten Fühlung genommen habe.

Havas berichtet aus Washington

In einer Betrachtung über den Beschluß der Vereinigten Staaten, an einer Wirtschaftskonferenz zur Stabilisierung der internationalen Warenpreise teilzunehmen, erklärt der Washingtoner Havas-Vertreter, dieser Beschluß stehe scheinbar im Widerspruch zu der Nichteinmischungspolitik, wie sie verschiedentlich von der amerikanischen Regierung proklamiert worden sei. Der Gedanke einer derartigen Konferenz sei jedoch z. B. bereits in dem demokratischen Zolltarifplan enthalten gewesen. Die Einberufung dieser Konferenz sei jedenfalls von der einflußreichen Gruppe unter Führung des Senators Borah, der mit gewissen englischen und französischen Gruppen Verhandlungen gehabt habe, gefordert worden. Aus innerpolitischen Gründen hätten zunächst die Vereinigten Staaten keinen Wert darauf gelegt, die Initiative zu ergreifen, obwohl der dem Projekt anfangs völlig abgeneigte Präsident Hoover seine Ansicht geändert habe. Infolgedessen habe das Staatsdepartement erklärt, daß es an einer derartigen Konferenz teilnehmen würde, aber nur, wenn noch andere Mächte hinzugezogen würden. In Washington neige man also dazu, zunächst einmal den Engländern die Initiative zu überlassen. Ein Zeitpunkt für die Einberufung der Londoner Konferenz, an der, wie die amerikanische Regierung hoffe, auch Frankreich und England teilnehmen würden, sei noch nicht festgesetzt. Die Presse und die offiziellen Kreise stimmten dem Konferenzplan begeistert zu, wenn auch andere Kreise bemerkten, daß die Konferenz sehr geringe Aussichten habe, effektive Ergebnisse zu zeitigen, da die Vereinigten Staaten systematisch die Schulden-, Reparations- und vielleicht auch die Tariffragen ausschalteten.

Der Einfluß der Weltwirtschaftskonferenz auf Lausanne

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" hält es für sehr wahrscheinlich, daß die geplante Weltwirtschaftskonferenz den Gang der Reparationserörterungen in Lausanne indirekt beeinflussen werde. Es sei durchaus möglich, daß die Lausanner Besprechungen einen mehr formalen Charakter trügen, da die Mächte es vermutlich nicht für klug halten werden, in der jetzigen schwierigen Zeit eine grundlegende Reparationsvereinbarung zu treffen, die nach einer erfolgreichen Weltwirtschaftskonferenz so viel leichter zu erreichen wäre. Der Berichterstatter erwartet infolgedessen, daß die Mächte einem neuen Reparationsmoratorium für die zweite Hälfte dieses Jahres zustimmen werden.

Krefeld. Schwerer Verkehrsunfall. Auf der Straßenbahnstrecke nach Moers kam es vormittags in der Nähe von Traar zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Lieferauto aus Moers und einem Straßenbahnzug. Der Führer des Autos wurde schwer verletzt, sein Beifahrer auf der Stelle getötet.

Das Großschmuggelunwesen in der Eifel

Umfangreiche Schmuggellager

Die Zollfahndungsstellen Köln und Düsseldorf hatten kürzlich in der Eifel ein Lager mit 200 000 Zigaretten, einige Tage später eines mit 500 000 Blättchen Zigarettenpapier in der Eifel gefunden. In den letzten Tagen ist den Beamten wiederum gelungen, weitere große Läger aufzufinden, in denen etwa 500 000 Blättchen Papier und 20 000 Zigaretten untergebracht waren. Die Inhaber dieser Räumlichkeiten sind von Schmugglerzentralen, die vielfach in der Kölner und Düsseldorfer Gegend, häufig aber auch in Westfalen sitzen, gedungen und stellen lediglich ihre Häuser zum Aufbewahren der Schmuggelware zur Verfügung. Ihr Verdienst ist nur ganz gering und steht in keinem Verhältnis zu den hohen Strafen, die auf Schmuggel stehen. Auch die 19 Schmuggler, von denen kürzlich berichtet wurde, standen teilweise in Diensten von Großschmugglern. Die am Rhein und in Westfalen sitzenden Schmuggelzentralen nutzen die augenblickliche Notlage der Eifelbevölkerung aus und lassen dort durch ihre Unterhändler eine Stoßtruppe anwerben.

Turnen - Spiel - Sport

Ballspielverein 1911 Burscheid

Noch zwei Sonntage dann tritt die lang ersehnte Ruhepause des Westdeutschen Spielverbandes ein. Dieses wollen die Kleinen des Ballspielvereins noch eben ausnutzen. Am kommenden Sonntag macht die 1. Schülermannschaft einen Ausflug nach Quettingen, um gegen die gleiche Mannschaft des dortigen Turn-Vereins 05 ein Gesellschaftsspiel auszutragen. Die Gegner sind sich in der Spielstärke gleich und steht deshalb das Spiel vollständig offen, oder sollten die Grünweißen nochmals einen Sieg mit nach Hause bringen? Abmarsch ab Vereinslokal punkt 1 Uhr. Die 2. Schülermannschaft kann an dem Spaziergang ebenfalls teilnehmen.

Turngemeinde Burscheid e V

Faustball

Am kommenden Sonntag finden in Lennep die Spiele um die Gaumeisterschaft der Turner statt. Als Endspiel-Gegner stehen sich Lennep 1., Goldenberg 1., ATV Hückeswagen 1. und Burscheid 1. gegenüber, also bis auf Hückeswagen dieselben Mannschaften wie im vorigen Jahr. Als Favorit ist wohl Lennep anzusprechen, die im vorigen Jahr durch Pech um die Gaumeisterschaft kamen. Die anderen Mannschaften dürften wohl gleichstark sein. Die Spiele beginnen um 10 Uhr auf dem Platz vor dem Stadion.

Die 1. Damenmannschaft muß nochmal nach Wermelskirchen und trägt dort die letzten Rückspiele aus. Die Gegner sind RTV und Haddenbach.

Handball

Der Turn- und Spielverein Unterstraße veranstaltet am Sonntag, anläßlich seines 25jährigen Bestehens ein Blitztournier, an dem die 1. Mannschaften von Hilgen, Dabringhausen, Wermelskirchen, Burg und Burscheid teilnehmen. Die jeweiligen Gegner werden erst am Sonntag ausgelost. Da die Spiele nur 2×10 Minuten dauern, könnte es manchen Ueberraschungssieg geben. Wir wollen hoffen, daß die Hiesigen sich von ihrer besten Seite zeigen.

Turngemeinde Hilgen

Handball

Die 1. Elf der TG Hilgen nimmt am kommenden Sonntag an dem aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Turn- und Spielvereins in Unterstraße stattfindenden Handball-Blitzturniers teil. Soweit wir unterrichtet sind, nehmen noch teil die 1. Mannschaften der Turngemeinde Burscheid, der Turngemeinde Burg a. d. W., des TV Dabringhausen und des TV Wermelskirchen. Außerdem die 2. Elf des Turn- und Spielvereins Unterstraße.

Die Spiele beginnen um 2 Uhr auf dem Spielplatz in Neuenhaus. Abmarsch der Mannschaft nach Unterstraße um 12,45 Uhr ab Vereinslokal.

Vom Büchertisch

Das Mädel mit dem schlechten Ruf — Geborgtes Glück — Der Ingenieur und die Millionenbraut — Sein besseres Ich — Das Baby, das uns adoptierte — Eines Mörders Herz und andere packende Lebensbeichten bringt die soeben erschienene Juni-Nummer der bekannten „Wahren Geschichten" (Verlag Dr. Selle-Eysler AG, Berlin SO 16). Das reich illustrierte Heft ist für 50 Pfg. überall zu haben.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Landmanns Sonntagsblatt"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.



8

Seine Schilderung war so lebhaft und anschaulich, das Gefühl der Freundschaft drang so stark durch, daß Doktor Spangenberg aufs stärkste gefesselt wurde.

„Der Gedanke, den der Besitzer hat, ist gut," sagte er schließlich, als Jan eine Pause machte.

Dankbar strahlten ihn Jan Peters Blauaugen an. „Nicht wahr, Herr Doktor? Ich sage es auch. Nun hat mich mein Freund Hanno nach Berlin geschickt. Drei Zeitungen hat er mir aufgeschrieben und mich aufgefordert, die Werbetrommel zu schlagen. Inserate soll ich aufgeben, aber unser Geld ist alle."

Doktor Spangenberg war bei diesen Worten erheblich ernüchtert. „Handelt es sich um . . . Gratisinserate?" fragte er gedehnt.

„Gratisinserate? Wie miserabel das Wort klingt. Keine Spur. Nee, Herr Doktor, umsonst ist der Tod. Wir wollen nichts geschenkt haben. Aber vielleicht ist ein guter Tausch möglich."

Die gute Laune des Chefredakteurs stieg wieder.

„Wir machen keine Tauschgeschäfte. Das geht wider unser Prinzip, Herr Hollem."

Jan gab sich noch nicht geschlagen. „Ich weiß es, Herr Doktor. Aber kein Prinzip ohne Abweichungen, und um eine solche Abweichung möchte ich Sie bitten. Wir bitten Sie, diese Anzeige jetzt und im April einmal aufzunehmen, dafür stellt Ihnen Schloß Korff ein tadelloses Zimmer mit freier Verpflegung das ganze Jahr zur Verfügung."

Einen Augenblick war Stille. Der Doktor schien zu überlegen.

„Der Vorschlag ist an sich verlockend, Herr Hollem. Aber ich kann es nicht machen."

„Doch, Herr Doktor, Sie können es machen. Dummerweise bin ich erst in das Anzeigenbüro Ihrer Zeitung gegangen, wo ich abgewiesen wurde. Aber dort sagte mir ein netter, alter Herr: Gehen Sie zu unserem Chefredakteur. Der kann's zwar auch nicht machen. Aber er ist der Allmächtige in unserem Betriebe. Wenn der dem Hofrat ein Wort sagt, dann ist es gemacht. Na, geben Sie Ihrem Herzen einmal einen Stoß. Es geht schon einmal. Legen Sie ein gutes Wort für mich ein. Sie werden es bei uns haben wie der liebe Herrgott in Frankreich, das versichere ich Ihnen. Küche Ia und der famose Wein."

Doktor Spangenberg lachte hell auf und sträubte sich nicht mehr. Sein Widerstand schmolz bei dem Ansturm, die der liebenswürdige Jan auf ihn unternahm.

„Sie sind eigentlich ein . . . ganz Schlimmer, Herr Hollem. Sie haben mich herumgebracht, das ist eine Seltenheit, über die ich mich sehr wundere und auf die Sie stolz sein können. Also gut, ich will einmal von meinem Prinzip abgehen. Ich werde mit Herrn Hofrat Mühling sprechen. Ich will's versuchen!"

„Herr Doktor, wie soll ich Ihnen danken!"

Seine Stimme war so bewegt, daß ihn der Pressemann erstaunt ansah. „Es hat Ihnen wohl sehr am Herzen gelegen, Herr Hollem?"

„Nicht zu knapp, Herr Doktor. Sie müssen wissen, daß ich die Menschen, für die ich heute komme, von Herzen liebe. Hanno und ich sind Freunde, wir haben drei Jahre lang gemeinsam die halbe Welt durchreist. Und Hannos Vater! Sie werden ihn kennenlernen. Robert Tessing ist ein Mann, den man lieben muß."

„Robert Tessing?" überlegte da der Doktor. „Robert Tessing! Ist das nicht der einstige Fabrikant, der Konkurs machte und dann noch freiwillig seine Restschuld beglich, als er wieder in den Besitz von Mitteln kam?"

„Jawohl, das ist er."

„Dann beneide ich Sie um die Freundschaft, mein lieber Herr Hollem. Das ist ein braver Mann."

Der Chefredakteur begab sich zu dem Besitzer der Zeitung, dem Hofrat Mühling, während Jan wartete.

Nach etwa einer Viertelstunde kam die Sekretärin, das hübsche Fräulein Springer.

„Sie möchten sofort zu Herrn Hofrat kommen. Ich führe Sie."

„Das ist liebenswürdig von Ihnen, Fräulein. Ich habe mir gleich gedacht, wo eine so nette, junge Dame ist, da mußt du Glück haben, alter Junge. Und es hat geklappt. Schönen Dank, mein verehrtes Fräulein."

Die junge Dame lachte und wurde rot. „Ach, das ist ja gerne geschehen."

„Das glaube ich wohl. Wenn ich nicht ein so armer Teufel wäre, dann würde ich mich ganz besonders dankbar erweisen, so aber kann ich Ihnen nur eins geben."

„Was denn?" fragte sie scherzend.

Ehe sie sich versah, hatte er ihr einen Kuß auf den hübschen Mund gedrückt.

„Einen Kuß!" lachte er dann. „Wahrhaftig, die Berliner Mädel schmecken gut."

„Sie sind ja ein ganz Schlimmer!" drohte sie, aber böse war sie nicht, und sie führte Jan bis zur Tür des Hofrats.

* * *

„Jan Peter Hollem!" stellte sich Jan vor und nahm die Hand, die ihm der Hofrat, ein Mann in den hohen Sechzigern, bot.

„Bitte nehmen Sie Platz," bat der Hofrat. „Eine Zigarre gefällig? Bedienen Sie sich. Herr Doktor Spangenberg hat mir von Ihnen erzählt und den Vorschlag unterbreitet, den Sie uns gemacht haben. Ich kann aber leider auf den Vorschlag nicht eingehen."

„Nicht eingehen . . ." stammelte Jan bestürzt und sah hilfesuchend auf den Doktor, der lächelte.

„Aber ich will Ihnen einen anderen Vorschlag machen. Herr Doktor Spangenberg hat mir erzählt, daß es sich um Herrn Robert Tessing handelt, der in unserer Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahre bestimmt ein Novum darstellt. Herr Tessing hat hochanständig gehandelt und aus diesem Grunde soll mir der Herr Tessing einmal gestatten, auch so zu handeln. Ich will die Anzeige zweimal kostenlos in meiner Zeitung aufnehmen. Das tun wir natürlich im allgemeinen nicht, sonst wären wir fix pleite. Hier liegt aber ein so besonderer Fall vor, daß ich es gern tue."

Jan war aufs höchste überrascht und erfreut. Das hatte er nicht erwartet.

„Ich danke Ihnen, Herr Hofrat. Aber das Zimmer steht trotzdem zu Ihrer Verfügung."

Mit einer Handbewegung schnitt der Zeitungsinhaber jedes weitere Wort des Dankes ab. „Erledigt, Herr Hollem. Nun haben Sie die Güte und seien Sie noch eine halbe Stunde mein Gast. Herr Doktor Spangenberg hat sich freigemacht und wird uns Gesellschaft leisten. Wir werden ein Gläschen zusammentrinken, und Sie erzählen uns von Schloß Korff."

Er klingelte. Der Wein kam, und sie waren bald prächtig ins Plaudern gekommen. Als der Hofrat eine neue Flasche kommen lassen wollte, brachte Jan aus der Tasche seines Ulsters eine Flasche des Büdinghofeners von 1802.

„Wollen Sie nicht einmal den Wein von Schloß Korff probieren?"

Ueberrascht sahen ihn die beiden an. „Büdinghofener von 1802," las der Hofrat.

„Was, den Wein haben Sie auf Schloß Korff? Ja, haben Sie denn eine Ahnung, wie der im Handel steht? Da kostet die Flasche dreihundert Mark."

Jan fiel bald vom Stuhle. „Was? Dreihundert Mark! Und wir haben zu Weihnachten zehn solche Flaschen getrunken." — —

Jan brauchte die anderen beiden Zeitungen nicht zu besuchen. Doktor Spangenberg erbot sich, Jans Vorschlag den betreffenden Inhabern beziehungsweise Direktoren einmal selbst zu unterbreiten. Davon versprach er sich mehr.

* * *

Hanno Tessing hatte während der Abwesenheit Jans mit dem Möbelhändler und Tischlermeister Böblinger in Neuenberg, einem schwerreichen Manne, einen Vertrag abgeschlossen. Böblinger übernahm die Möblierung von zunächst zwanzig Zimmern zu tragbaren Bedingungen. Die Möbel, die nach und nach abgezahlt wurden, blieben bis zur vollen Bezahlung Böblingers Eigentum.

Er wollte erst das Geschäft nicht machen, als ihn aber Hanno, der bei den Verhandlungen seine ganze Persönlichkeit einsetzte, mit nach Schloß Korff nahm, und als der Mann gesehen hatte, welche Arbeit in den wenigen Monaten geleistet worden war, staunte er, und die Hochachtung, die er empfand, veranlaßte ihn, das Geschäft zu machen.

7.

Großer Schnee . . . kleine Wasser.

Diese alte Bauernregel bewahrheitete sich wieder. Mitte Januar hatte Tauwetter eingesetzt, aber ganz langsam, kaum spürbar. Allmählich wurden die Wege frei, und der grüne Benton-Wagen trat wieder in Aktion.

Jan war eben in Altenecken gewesen.

Altenecken hatte seine Sensation, denn es war bekannt geworden, welche Absicht der Besitzer von Schloß Korff hatte.

Jan hatte die Post in Altenecken geholt, und Hanno nahm erregt die Nummer der „Allgemeinen Deutschen Zeitung", die ihm Jan reichte. Sie enthielt das Inserat.

„Hast du es schon gelesen?"

„Klar, Hanno! Ich war doch genau so gespannt wie du. Mitten auf die siebente Seite hat sie der gute Doktor Spangenberg plaziert. Sie fällt jedem sofort in die Brillengläser."

Tessing trat zu den zweien.

„Nun . . .?" fragte er. Der sonst so höfliche Hanno hörte es nicht. Er las die Anzeige, während Jan mit spitzbübischem Lächeln dabei stand.

Hannos Gesicht wurde länger und länger, das Entsetzen schien ihn zu packen, und als er seinem Vater wortlos die Zeitung in die Hand drückte, war er fassungslos.

Jan grinste immer ärger.

„Du bist komplett verrückt, Jan!" schrie Hanno und schielte dabei auf seinen Vater, in dessen Antlitz sich großes Staunen malte.

„Du hast recht, Hanno," sagte Jan demütig, feixte dabei aber über das ganze Gesicht.

Die Anzeige hatte folgenden Wortlaut:

Ihre Sommerfrische
in diesem gesegneten Jahre ist Schloß Korff!

Schloß Korff
liegt im Wasgenwald an Deutschlands Grenze und nimmt von Mai bis September Gäste in beschränkter Anzahl auf.

Zwanzig Zimmer, sämtlich mit dem schönsten Ausblick auf den herrlichen Wasgenwald, stehen zur Verfügung. Verpflegung gediegen. Zimmer- und Pensionspreise richten sich nach dem Einkommen. Der letzte Steuerzettel ist möglichst mitzubringen. Aller überflüssige Luxus ist vermieden. Fünf-Uhr-Tee und Jazzband sind nicht vorhanden, dafür entschädigen stimmungsvolle Abende am Kamin im großen Saale, an denen ein echt orientalischer Märchenerzähler nette Sachen bringt, und die italienischen Nächte mit Papierlampions im herrlichen Schloßgarten. Bedienung und Behandlung stimmungsvoll. Die Schuhe werden früh geputzt.

Hanno und Jan Peter, zwei charmante, junge Männer, beide hübsch und von allen männlichen Tugenden geplagt, unterhalten in geistreicher Weise die Gäste.

Die Bedienung liegt in den Händen von sechs zünftigen Maurergesellen. Trinkgeld ist nicht verboten. Unser Weinkeller ist besonders Angehörigen von trockengelegten Ländern zu empfehlen. Zum Teil hundertjährige Weine. Wako, der waschechte Neger, der gebrochen deutsch spricht, sorgt für die Belustigung der Gäste.

Der Besitzer von Schloß Korff ist der liebenswürdigste Mensch der Welt. Jeder fühlt sich bei ihm wohler als zu Hause.

Schloßgespenst ist nicht vorhanden, wird aber auf besonderem Wunsch engagiert.

Belegen Sie bereits jetzt Ihre Zimmer, damit Sie berücksichtigt werden können. Zu näherer Auskunft sind wir gern bereit.

Die vergnügte Verwaltung von Schloß Korff:
Robert Tessing, Hanno Tessing, Jan Peter Hollem.

Robert Tessing ließ das Zeitungsblatt sinken, lachte dann laut auf und zwinkerte Jan zu.

„Junge, Junge, das hast du glänzend gemacht!" sagte er.

Hannos Gesicht wurde immer länger. Er wußte nicht, ob der Vater wirklich scherzte oder ob es Ironie war.

„Ja, denkst du denn, Jan, daß auf das blödsinnige Inserat ein Mensch hereinfallen wird?" fragte Hanno erregt.

„Mir ist . . .," begann Jan, „mit dem Inserat ein bedauerliches Versehen unterlaufen, Hanno. Ich bitte dich tausendmal um Verzeihung. Ich habe nämlich versehentlich das falsche Manuskript hingegeben. Das Manuskript hatte ich im Spaße entworfen."

„Allmächtiger Gott! Da haben wir nun die Bescherung!"

„Hm!" Jetzt reckte sich Jan stolz und bemühte sich, sehr von oben herab auszuschauen, was ihm aber schlecht gelang. „Hm! Die Bescherung haben wir allerdings, aber nicht so, wie du sie dir in deinem vermauerten Gehirn vorstellt, alter Goldsohn. Ich bringe nämlich von Altenecken noch was anderes mit. Hier, schau' her!"

Jan griff in seine Manteltasche und drückte dem immer verdutzter werdenden Hanno eine Anzahl Depeschen in die Hand.

„Ja, was ist denn das?"

„Telegramme. Siebzehn Stück an der Zahl. Ich vermute, Anfragen und Zimmervorausbestellungen."

Hanno sah auf die Telegramme und schüttelte den Kopf. Dann faßte er sich. Ein fröhliches Lachen belebte seine Züge, und er hakte Jan und den Vater unter und trat mit ihnen zusammen ins Haus.

Im Treppenhause schrie er laut: „Frühstück, Gesellen!"

Und nach fünf Minuten saßen sie im Wohnzimmer einträchtig zusammen.

Jan schoß wütende Blicke auf Hanno, der die Telegramme in seiner Brusttasche trug und keine Miene machte, sie zu öffnen. Er zappelte vor Ungeduld.

Hanno aber frühstückte in Seelensruhe. Erst als er den letzten echten Harzer Käse aus Altenecken verspeist hatte, legte er die Telegramme auf den Tisch.

Die Gesellen machten große Augen und staunten nicht schlecht, als ihnen Hanno verkündete: „Die ersten Anfragen auf unser Inserat."

Er erbrach die erste Depesche und las sie laut vor:

„Vorbestelle ab 4. Mai auf drei Wochen schönes Erkerzimmer. Einkommen laut Steuerzettel monatlich dreihundert Mark. Bin musikalisch, sonst aber ein brauchbarer Mensch und außer mit Strafporto noch nicht vorbestraft.

Oberpostsekretär Schlutius, Leipzig O. 27,
Kreuzstraße 97."

„Famos!" rief Robert Tessing. „Der Auftakt gefällt mir." Er sah in die lachenden Gesichter. „Dem berechnen wir es billig, und dem gebe ich immer eine besonders schöne Portion. Weiter!"

Hanno nahm die nächste Depesche:

„Belege vom 15. Mai ab vier Zimmer für sechs Personen. Bedienen Sie mich recht gut. Bin stimmungsvoller Mensch und spiele gern Skat. Reservieren Sie mir zwanzig Flaschen von dem Büdinghofener, den Sie bei Hofrat Mühling getrunken.

Bankier Schuster, Berlin W.,
Moltkestr. 17."

„Auch der Mann paßt zu uns!" sagte der alte Tessing. „Er scheint voll guter Laune zu sein. Dem wollen wir es auch schön machen."

Bei der dritten Depesche stutzte Hanno.

„Was bringt die denn, Junge?"

„Einen Gast, Vater . . . der morgen schon kommt."

„Was!" Entsetzt sah Tessing seinen Sohn an. „Morgen! Um Gottes willen! Was machen wir denn da? Wenn er Schloß Korff in dem gegenwärtigen Zustande sieht, dann reist er sofort wieder ab. Lies nur mal vor, Hanno."

Hanno las:

„Ich bitte um Ueberlassung von zwei behaglichen Zimmern vor der Saison auf längere Zeit. Komme bereits morgen Donnerstag in Neuenberg an und bitte, mich dort abzuholen.

Comte Mario d'Urbanez."

Alle neun waren ganz erstaunt.

„Was machen wir da?" Jan warf die Frage auf. Alle blickten gespannt auf Tessing, der überlegte.

„Kinder," sagte er schließlich, „das wäre der erste Gast auf Schloß Korff. Den müssen wir aufnehmen. Unter aller Umständen. Mehr als abreisen kann er nicht."

„Ist richtig, Vater! Aber . . ."

„Kein aber! Acht Zimmer sind so eingerichtet, daß sie sofort bezogen werden können. Soll er einziehen. Wir werden ihm von vornherein reinen Wein einschenken. Will er sich nur in der Natur erholen, oder sucht er die Einsamkeit, um vom Großstadtleben auszuspannen, dann wird es ihm bei uns auch jetzt gefallen. Einverstanden?"

Alle waren einverstanden.

„Wann wird er aber ankommen? Er schreibt keine Zeit."

„Sicher nachmittags mit dem 18-Uhr-Zug. Hanno und Jan sollen ihn abholen," entschied Tessing. Damit war der Punkt erledigt.